Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 102. Donnerstag, den 2. Mai 1918. 25. Jahrg.

Friedensresolution und Reichstagsmehrheit.

Von Eduard David, M. d. R.

Nach den Berichten der annexionistischen Presse steht es schlecht um die „Schmachfriedensresolution". Einige behaupten, sie liege in den letzten Zügen, andere melden sogar, sie sei bereits verschieden und die leidtragenden Parteien beabsichtigten, ihr Ableben demnächst auch in aller Form der politischen Welt mitzuteilen. Alle diese Meldungen beweisen nur, wie schwer unseren Gewalt- und Eroberungspolitikern auch heute noch der Beschluß der deutschen Volksvertretung vom 19. Juli v. Js. im Magen liegt.

In Wirklichkeit denkt die Reichstagsmehrheit nicht daran, ihre Resolution fallen zu lassen. Dazu liegt nicht der geringste Anlaß vor. Die Gründe, die im vorigen Sommer zu jenem Beschluß und mit ihm zur Bildung einer Parlamentsmehrheit mit bestimmten außen- und innerpolitischen nächsten Ziele geführt haben, bestehen mit unvermindertem Gewicht fort. Ja, es treten immer unverhohlener autokratische Machtbestrebungen in Erscheinung, die einem geschlossenen Zusammenhalten aller auf Wahrung und Erweiterung der Volksrechte gerichteten Kräfte eine erhöhte Bedeutung geben.

Der Beschluß der Reichstagsmehrheit war nicht, wie die annexionistische Presse glauben machen will, der Ausfluß einer „Schwächeanwandlung". Weder die Nerven der Abgeordneten, noch die militärische Lage waren damals schwach. Es war vielmehr die Dokumentierung einer politischen Wahrheit, die von jeder militärischen Situation unabhängig ist, und die infolgedessen auch durch keine militärischen Ereignisse „überholt" werden kann, der einfachen Wahrheit nämlich, daß nur ein beiderseits annehmbarer Friede die Gewähr der Dauer in sich trägt.

Die Vertreter der reinen Gewaltpolitik bestreiten das freilich aufs heftigste. Sie sind der Meinung, daß die Dauer des Friedens nur durch „militärische Sicherungen", worunter sie in erster Linie territoriale Erweiterungen auf Kosten des niedergeworfenen Gegners verstehen, gewährleistet werde. Vorlagerungen von Großen Grenzschutzzonen im Osten und Westen, neue Stützpunkte für den Kampf zur See, und dazu die Annexion von Kohlen- und Erzgebieten — das, erklären sie, sei die einzig wahre Sicherung des Vaterlandes, die einzig wahre „Realpolitik". In Wirklichkeit ist es die naivste Utopisterei, die sich denken läßt.

Deutschlands militärische Kraft hat sich in diesem Kriege über alle Maßen bewährt. Unser Land hat Leistungen vollbracht, die es sich selbst vor dem Kriege nicht zugetraut hätte. Aber ist es darum erlaubt, unsere militärische Kraft für so unbegrenzt zu halten, daß man auf sie gestützt, eine Politik treiben dürfe mit dem Ziele: Feinde rigsum!?

Wenn es Deutschland nicht gelingt, die feindliche Weltkoalition beim Frieden aufzulösen, so hat es den Krieg verloren. Denn dann gewinnt es keinen wirklichen Frieden, sondern nur einen Waffenstillstand, der ihm statt der Möglichkeit der Erholung, weitere Entbehrungen am Notwendigsten, neue ungeheuerliche Rüstungslasten und dauernden schlimmsten Raubbau an allen Lebenskräften, bis zur völligen Erschöpfung aufzwingt. Wer es für möglich hält, daß Deutschland die ganze Welt mit dem Hammer seines Kriegsapparates nicht nur niederschmettert, sondern auch dauernd niederhält, der mag das Phantom eines alldeutschen Schwertfriedens als Ausdruck einer starknervigen, großzügigen Politik ausrufen.

Wer sich kritische Besonnenheit bewahrt, wird darin nur die Ausgeburt eines sehr kurzsichtigen Machtwahns erblicken.

Die Resolution der Reichstagsmehrheit war eine scharfe Absage an diese bornierte Gewaltpolitik, die Deutschland in dauernde Feindschaft zur ganzen Welt bringen, und den gegenwärtigen Krieg nur zum Vorspiel einer noch viel fürchterlicheren Katastrophe machen will. Darin liegt ihre Bedeutung; das ist ihr Sinn. Die deutsche Volksvertretung bekannte sich damit zu dem Ziel eines „Friedens der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker". Und sie lehnte „erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen" ab, nicht weil sie solche zu erlangen unter allen Umständen für unmöglich hielt, sondern weil sie unvereinbar sind mit jenem Ziel.

Mögen vereinzelte Laubfroschpolitiker auch im Mehrheitslager ihre Kriegszielauffassungen je nach der militärischen Wetterlage auf- und abändern; Politiker, die das Steuer fest auf die Erreichung eines wirklichen Friedens eingestellt halten, werden sich dadurch keinen Augenblick beirren lassen. Die Lage unseres Landes bleibt sehr ernst, trotz aller errungenen und noch zu erringenden Waffenerfolge. Darüber kann sich niemand täuschen, der sich ein nüchternes Urteil über das dauernde Verhältnis der beiderseitigen Kräfte und Hilfsquellen bewahrt.

Darum bleiben auch die Worte der Antwortnote an den Papst heute wie immer zu beherzigen: „Kein Volk hat mehr als das deutsche zu wünschen, daß an die Stelle des allgemeinen Hasses und Kampfes ein versöhnlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt." Darum wünscht die politische Reichsleitung auch die Streitfragen so geregelt zu sehen, „daß jedem Volke befriedigende Daseinsbedingungen geschaffen werden, damit eine Wiederkehr der großen Völkerkatastrophe ausgeschlossen erscheint". Denn: **„Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiederannäherung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt."**

Die Reichsregierung hat sich damit nicht minder wie die Mehrheit des Reichstages auf das Ziel eines Friedens der Verständigung festgelegt. Diejenigen, die ihr die nachträgliche Verleugnung dieser feierlichen Erklärung zumuten, muten ihr den moralischen und politischen Selbstmord zu. Hoffen wir, daß sie sich noch stark genug fühlt, dieser Zumutung zu widerstehen.

Niemand in der Reichstagsmehrheit hat sich bei der Beschlußfassung über die Verständigungsresolution eingebildet, daß sie uns allein den Frieden bringen werde. Die Gegner hatten ihre Entschlossenheit, den Krieg bis zur Erreichung ihrer Eroberungsziele fortzuführen, ja oft und nachdrücklich genug bekundet. Daß die militärischen Anstrengungen zu Lande und zur See weitergehen müßten, war also selbstverständliche Voraussetzung für die Erzielung des Erfolges. Beides, der militärische Druck von der einen Seite und der moralische Druck, den eine verständige Friedenspolitik auf den widerstrebenden Gegner ausübt, gehören ebn zusammen. Es ist zu bedauern, daß einflußreiche Militärpolitiker die Notwendigkeit dieses Zusammenwirkens nicht sehen wollen. Statt mit beiden Backen der Zange zu arbeiten, glaubt man mit einer allein den Widerstand brechen zu können. Ja, man diskreditiert systematisch jede auf Verständigung gerichtete Politik und versteift den Widerstand des Gegners durch Bedrohung mit Kriegszielen, die ihn zur Fortsetzung des Krieges bis zum äußersten antreiben müssen.

Im Osten, wo der Zusammenbruch eines korrupten, in Feindschaft zum eigenen Volke stehenden Systems unseren militärischen Erfolgen zuhilfe kam, wo die innere Auflösung der eigenen Wehrmacht uns schließlich den Gegner auf Gnade und Ungnade in die Hand gab, hat man einen „Frieden" nach militärischem Diktat gemacht. Schon jetzt zeigt sich, was davon zu halten ist. **Selbst die politische Freundschaft mit der Ukraine,** die einzige, die gewonnen schien, **scheint bereits wieder in die Brüche zu gehen. Feindschaft der breiten Massen der Völker von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, das ist das Ergebnis der dort betriebenen militärischen Strategie.**

Und da erwartet man, daß die Reichstagsmehrheit nunmehr ihre Fahne einzieht und auch im Westen die Dinge nach dem östlichen Muster gestalten läßt? Sie würde, wenn sie das täte, in der kritischsten Stunde die höchste Pflicht versäumen, die sie dem deutschen Volke gegenüber schuldet, und zwar nicht nur denen, die in der Heimat arbeiten, und leiden, sondern auch den Männern, die draußen um die Bereitschaft des Gegners zu einem für uns annehmbaren Frieden ringen. Sie vor allem haben ein Recht zu verlangen, daß keine Politik getrieben wird, die die Erreichung dieses Zieles erschwert. Ihr Bluten und Sterben gemahnt uns tagtäglich am ersten, festzuhalten an der ehrlichen Bereitschaft unsererseits zu einem Frieden, der die Lebensinteressen auch der andern Völker achtet und so eine für alle annehmbare Grundlage dauernd friedlichen Nebeneinanderwohnens schafft.

Die Wahlrechtsschlacht in Preußen.

Die Wahlrechtsdebatte im Preußischen Abgeordnetenhause ging gestern im wesentlichen ohne besondere Erregung weiter. Die bürgerlichen Anhänger und Feinde des gleichen Wahlrechts warfen sich gegenseitig Furcht vor der Sozialdemokratie vor. Für die wahlrechtsfeindlichen Nationalliberalen gab Lohmann zu, daß nicht Sorge um den Staat oder die Nation sondern Angst vor hohen Besitzabgaben und Einkommensteuern ihre Gegnerschaft gegen das gleiche Recht unbedingt mache. Also letzten Endes wieder das Portemonnaie der Besitzenden, das geschützt werden soll! Die Wahlrechtsfeinde fürchten die praktische Arbeit einer starken sozialdemokratischen Fraktion und wollen dafür lieber die dauernde Katastrophengefahr in Kauf nehmen. Regierung und bürgerliche Wahlrechtsfreunde wollen lieber Zugeständnisse im einzelnen machen und dafür Sicherheit der revolutionären Stimmungen haben.

Für die heutige Abstimmung liegen die Dinge so, daß gegen das gleiche Wahlrecht stimmen werden 140 Konservative, etwa 45 Freikonservative, etwa 10 Zentrumsabgeordnete und 35 Nationalliberale. Dafür werden stimmen rund 60 Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen, 90 Zentrumsleute und 40 Nationalliberale und Freikonservative. Das würde eine Mehrheit von fast 40 Stimmen gegen das gleiche Wahlrecht geben, aber es dürften auf der Rechten und bei den wahlrechtsfeindlichen Zentrumsleuten manche bei der Abstimmung fehlen. Immerhin scheint die Ablehnung des gleichen Wahlrechts ziemlich gewiß. Die Regierung wird dann versuchen, durch „Konzessionen" an die Wahlrechtsfeinde bis zur dritten Lesung noch eine Mehrheit zusammen zu bekommen. Gelingt ihr das nicht, dann kann sie die Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht länger vermeiden.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

139. Sitzung. Mittwoch, den 1. Mai, vormittags 11 Uhr.
Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews.

Fünf neu eingetretene Mitglieder des Hauses, u. a. Mehring, leisten in den üblichen Formen den verfassungsmäßigen Eid.

Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlagen.

(Zweiter Tag.)

Die allgemeine Aussprache wird bei den §§ 1 und 3 fortgesetzt.

Abg. Dr. Lohmann (Natl.): Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Heiterkeit.) Wir wollen nur die Gründe noch einmal darlegen, die uns zwingen, gegen die Vorlage der Regierung zu stimmen. (Lebh. Beifall rechts, ironische Zurufe links.) Wir haben insbesondere die Befürchtung, daß, wenn die Vorlage Gesetz wird, die sozialdemokratische Partei hier sehr stark wird. (Zustimmung rechts.) Das Reichstagswahlrecht wird in Preußen radikaler wirken als im Reichstag. Die preußische Bevölkerung ist ungünstiger zusammengesetzt als diejenige im ganzen Reiche. Dazu kommt der Einfluß der Polen, die in Preußen als absolute Oppositionspartei auftreten. Es kann kommen, daß die Sozialdemokraten zusammen mit den Polen, den Welfen und Fortschrittlern hier im Abgeordnetenhause die Mehrheit haben werden. Damit wird eine Politik, wie sie in Preußen bisher gemacht wurde, nicht mehr möglich sein. Die Auffassung, daß die Radikalisierung nach dem Kriege nicht mehr so gefährlich sein werde wie vorher, kann ich nicht teilen. Wenn die Sozialdemokratie die nationalen Notwendigkeiten und die monarchischen Grundlagen anerkennt, ist sie für uns eine politische Partei, mit der wir verhandeln können, aber sie wird vermutlich eine wirtschaftliche Politik treiben, die für den Staat unmöglich ist. Dann kommt die Ostmarkenpolitik, die bisher schon schwer zu führen war. Was will die Regierung gegenüber dem Ansturme der Polen tun? Starke Befürchtungen kommen auch aus den Kreisen der katholischen und der evangelischen Kirche. Wir haben nun einen Antrag auf Einführung des Zweistimmenrechts eingebracht, zu dem die Regierung noch nicht ihr „Unannehmbar" gesprochen hat. (Widerspruch links.) Alle, die die Regierungsvorlage für schädlich und unannehmbar halten, sollten sich auf einer Verteidigungslinie zusammenfinden und auch das Herrenhaus möglichst einbeziehen. Ich hoffe, daß in Erwägung der furchtbaren Erregung, die ein Wahlkampf im Volke hervorrufen würde, die Regierung zu Verhandlungen bereit sein wird. Wir verlangen nach dem Kriege eine allgemeine Arbeitspflicht gegenüber dem Staate. Wir befürchten, daß die Annahme des gleichen Wahlrechts eine schwere Erschütterung des ganzen öffentlichen Lebens herbeiführen wird. (Zustimmung auf der Rechten und bei einem Teile der Nationalliberalen.)

Minister des Innern Dr. Drews: Wir müssen darauf halten, daß der Kampf der politischen Meinungen in loyalen Formen geführt wird und daß auch die Ueberzeugung der anderen geachtet wird. Der Vorredner hat die Antwort des Vizepräsidenten Dr. Friedberg auf die Frage des Abgeordneten v. Heydebrand, ob der König bei Erlaß seiner Botschaft von allen näheren Umständen unterrichtet gewesen sei, etwas unklar gefunden. Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzise geantwortet: Ja. (Zustimmung links.) Auch über die Stellung der Regierung zur Botschaft ist gestern vom Vizepräsidenten eine kurze und bündige Erklärung abgegeben worden. Als wir zum Minister ernannt werden sollten, haben wir als die wichtigste Aufgabe der inneren Politik die Wahlrechtsvorlage betrachtet. Die allerhöchste Botschaft mußte ausgeführt werden. Wir Minister waren der Ueberzeugung, daß nur eine Vorlage des gleichen Wahlrechts überhaupt in Betracht käme, und daß wir Minister die Pflicht hätten, es mit aller Energie durchzusetzen. Was die Ostmarkenpolitik betrifft, so steht die Regierung auf dem Standpunkt, alle positiven Maßnahmen zur Unterstützung des Deutschtums aufrecht zu erhalten, aber auf alle Ausnahmegesetze gegen die Polen zu verzichten. Die Notwendigkeit der Erhaltung eines starken Deutschtums in der Ostmark hat sich gerade während des Krieges vertieft. Der Vorredner hat eine Ueberwucherung mit der Sozialdemokratie befürchtet. Wenn diese seine Auffassung richtig ist, würden gerade seine Bedenken hinfällig werden. Die Sozialdemokratie ist ein Reservoir aller Unzufriedenheiten im Lande. Bei einer Ablehnung des gleichen Wahlrechts wird man der großen Masse sagen können: In Deutschland gilt einer, was der andere gilt, in Preußen aber nicht. Damit geben Sie der Sozialdemokratie die beste Waffe in die Hand. Wir können keine Vogelstraußpolitik treiben. (Zuruf rechts: Sie wollen aus Angst das gleiche Wahlrecht! — Große Unruhe links.) Ich tue meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, wenn ich mit meiner Person und Ueberzeugung für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintrete. (Stürmischer Beifall links. Zischen und tosender Lärm rechts.)

Abg. Dr. Pachnicke (Volksp.): Der Ministerpräsident hat den Wunsch nach Verständigung ausgesprochen und uns neue sogenannte Sicherungen des Wahlrechts zugemutet. Herr v. Heydebrand hat alle früheren Argumente wiederholt. Herr Dr. Lohmann läßt in seiner Rede jede Rücksicht auf den Mittelstand vermissen. Wir haben doch das gleiche Wahlrecht in ganz Süddeutschland, auch zum Teil in Mitteldeutschland, haben es in Monarchien und Republiken, ohne daß diese in Trümmer gingen. Deutschland hat einen enormen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung durch sein allgemeines Wahlrecht genommen. Durch nichts wird die Krone mit dem Volke enger verbunden, als daß das Volk bei der Krone Verständnis und Vertrauen findet. (Zustimmung links.) Die Krone darf in diesem Kampfe um das Wahlrecht keine Niederlage erleiden. Deutschlands Geist muß auch in Preußen herrschen.

Abg. Lüdicke (Freikons.): Wir sind völlig einig darin, daß diese Wahlrechtsvorlage in jetziger Zeit nicht kommen durfte. Wir sind überzeugt, daß das gleiche Wahlrecht nicht zum Segen Preußens ausschlagen wird. Die große Mehrheit meiner Freunde

wird nicht dafür eintreten. Wir bedauern den Konflikt, aber wir sind zum Wahlkampf bereit. Wir zweifeln aber noch immer, daß die Regierung gewillt ist, einen Wahlkampf zu entfesseln, wie ihn Preußen noch nicht erlebt hat.

Abg. Hirsch (Soz.): Der Ausschuß hat die Vorlage so verschlechtert, daß sie für alle wirklichen Wahlrechtsfreunde genau so unannehmbar geworden ist wie für die Regierung. Das gleiche Wahlrecht soll durch ein völlig plutokratisches Mehrstimmen-Wahlrecht ersetzt werden. Ich stelle hiermit öffentlich fest, daß an der Behauptung, auch Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hätten sich im vorigen Jahre für das Pluralwahlrecht ausgesprochen, nicht ein Wort wahr ist. Auch im „Vorwärts"-Artikel über die Osterbotschaft steht kein Wort, das sich mit einem mehrstimmigen Wahlrecht einverstanden erklären würde. Lohmann hat ausdrücklich die Aufstiegmöglichkeit der breiten Masse des Proletariats in den Mittelstand verneint. Wie kann man aber dann dem plutokratischen Mehrstimmenwahlrecht zustimmen? Die Zusatzstimmen für Alter und Kinderzahl wird der großen Mehrzahl von Arbeitern, die in gesundheitlich gefährdenden Betrieben beschäftigt sind, nicht zuteil werden. Wenn im Ausschuß gesagt wurde, jeden Arbeiter könne mit Leichtigkeit 6000 Mark ersparen und dadurch die Zusatzstimme für Vermögen erwerben, so trifft das einmal nur auf einen ganz geringen Teil der Arbeiterschaft zu. Aber selbst da nur deshalb, weil infolge des Rohstoffmangels die notwendigen Anschaffungen nicht gemacht werden konnten. Auch zur Ausführung selbständiger Erwerbstätigkeit ist ein größeres Vermögen erforderlich und in den allermeisten Fällen auch zur Erlangung höherer Schulbildung. Der neue Antrag Lohmann ist ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse und die Kriegsbeschädigten sowie gegen die Kriegsteilnehmer überhaupt, soweit sie nicht 35 Jahre alt sind. Die Selbständigen und Beamten in leitender Stellung sollen die Zusatzstimme nach einjähriger Tätigkeit erhalten, die Angestellten und Arbeiter erst nach sechs Jahren. Alle Saisonarbeiter sind dabei ausgeschlossen. Aber auch die Kriegsbeschädigten, denn diese werden natürlich bei wirtschaftlichen Krisen zuerst entlassen werden. Wie kann das gleiche Wahlrecht ein Sprung ins Dunkle sein, wo es schon seit Jahren im Reich besteht und ebenso in vielen Bundesstaaten. Parlament und gleiches Wahlrecht haben miteinander nichts zu tun. Lohmann sprach von einer Ueberflutung des öffentlichen Lebens durch die Sozialdemokratie und einer Unterdrückung anderer Parteien nach dem gleichen Wahlrecht. Heute ist es umgekehrt. Die Sozialdemokratie wird unterdrückt, und die Konservativen überfluten das ganze öffentliche Leben in Preußen, obwohl sie sich nicht auf die große Masse der Wähler stützen können. Wollen Sie das Unterdrücken anderer Parteien verhindern, so müssen Sie das Verhältniswahlsystem einführen in Verbindung mit der geheimen und direkten Wahl. Auch die Polen müssen als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Nicht immer sind die Polen eine Oppositionspartei. In allen Fragen der Kirche und Schule, in den Agrarfragen gehen sie mit der Mehrheit des Hauses zusammen. Die Gefahr, die angeblich Preußen beim gleichen Wahlrecht drohen soll, besteht nur in der Phantasie der Herren, die keine besseren Gründe haben. Was die Rückwirkung auf das Gemeindewahlrecht betrifft, so werden wir stets für das gleiche Wahlrecht auch in der Gemeindevertretung eintreten. Erst dann kommt der Wille des Volkes, der uns noch immer als der höchste gilt, wirklich zur Geltung. In der Kommission hat man sich nicht gescheut, von der angeblichen Unreife des deutschen Volkes zu sprechen. Das bietet man dem Volke, durch dessen Einsicht es erst möglich geworden ist, diesen Krieg nach außen siegreich zu führen und im Innern durchzuhalten. Sie mögen das gleiche Wahlrecht jetzt zu Fall bringen, die Macht haben Sie. Aber glauben Sie nicht, daß der Kampf damit zur Ruhe kommen wird. Keine Macht der Welt würde imstande sein, dem Volke sein Recht streitig zu machen. Graf Spee sprach von der Stimmung an der Front. Ich bezweifle, daß er die wirkliche Stimmung kennt. Kommt denn ein Major im Divisionsstab in Berührung mit den gewöhnlichen Soldaten? Was er vorgetragen hat, mag die Stimmung in gewissen Offizierskreisen sein, aber nicht die Stimmung der großen Masse an der Front. Und wie die Stimmung der Arbeiterkreise im Innern ist, das beweist die Aeußerung aus dem Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften: „Alle Schichten des deutschen Volkes, und die unteren am meisten, haben ihre Blutopfer in diesem Kriege gebracht und haben damit Anspruch darauf, über die Geschicke des Vaterlandes in wirklicher Gleichberechtigung mitzubestimmen. Die deutsche Arbeiterschaft wird es unter keinen Umständen zugeben, daß sie um die Osterbotschaft betrogen wird." So denken alle die Gewerkschaften, die in der Zentrumspartei ihre parlamentarische Vertretung erblicken. Aber auch die theoretischen Gegner des gleichen Wahlrechts können sich heute der Erkenntnis von der Notwendigkeit des gleichen Wahlrechts nicht mehr verschließen, so zum Beispiel der bekannte Professor Stier-Somlo. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Wahlrecht unabhängig von den Steuern sein soll, und daß es nicht nur den Männern, sondern auch den Frauen eingeräumt werden muß. Der Krieg hat die Forderung durchaus gerechtfertigt. England ist zum Frauenwahlrecht übergegangen. Es weiß genau, daß es im Wiederaufbau nach dem Kriege auf die Mitarbeit und Hilfe der Frauen angewiesen ist. Auch Norwegen, Finnland, Holland und andere Staaten haben im Kriege das Frauenwahlrecht eingeführt. Für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechts scheint die Regierung nicht an eine baldige Auflösung des Hauses zu denken. Da eine Verständigung nicht möglich ist, halten wir es für das Richtige, daß die Regierung nach der zweiten Lesung, wenn sie eine Annahme nicht findet, das Haus auflöst. Falls diese Regierung nicht mit sich reden läßt, leistet sie dem Volke den besten Dienst. Die Erschütterungen, die der Vorredner vom Wahlkampf befürchtet, sind schon heute da. Beim Wahlkampf, wo die Parteien sich in Anhänger und Gegner des gleichen Wahlrechts teilen, steht auf der einen Seite die ungeheure Zahl der Arbeiter und Angestellten, Beamten, Männer der Wissenschaft, auf der anderen Seite die kleine Zahl der Agrarier und Schwerindustriellen. Da müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn die Mehrheit sich nicht aus Anhängern des gleichen Wahlrechts zusammensetzen sollte. Wenn wir nach Beendigung des Krieges zu neuen Wahlen schreiten unter dem Dreiklassenwahlrecht, würden alle Feldgrauen, die jetzt wirtschaftlich ruiniert sind, in die dritte Klasse geraten, also von Kriegsgewinnlern und dergleichen überstimmt werden. Freilich dürfte nicht durch die militärischen Behörden die Agitation für das gleiche Wahlrecht unmöglich gemacht werden, wie das immer geschieht. Durch die Ablehnung des gleichen Wahlrechts würde der Siegeswille gelähmt werden. Die Gegner wollen mit Gewalt der Entwicklung Einhalt tun. Aber das gleiche Wahlrecht wird sich durchsetzen als eine geschichtliche Notwendigkeit. Noch haben Sie es in der Hand, zu entscheiden, ob die Entwicklung sich friedlich oder in anderen Bahnen vollziehen wird. Wir wollen nicht, daß dem Haß gegen Preußen in Deutschland neue Nahrung gegeben wird. Die Schicksalsstunde Preußens hat geschlagen. Sorgen Sie dafür, daß Sie unter den Trümmern nicht begraben werden, beweisen Sie, daß die große Zeit ein starkes Geschlecht finde. Lassen Sie die Gelegenheit nicht unbenutzt vorüber gehen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Ströbel (U. S.): Die Konservativen wissen ganz genau, daß durch eine Auflösung ihre Partei aus dem Hause gefegt werden würde. Deshalb wollen sie es auf eine Machtprobe ankommen lassen, auch auf den Kampf bis aufs Messer. Sie treiben sogar auf einen Konflikt zwischen Regierung und Krone hin. Durch die in Vorschlag gebrachten Sicherungen gegen das gleiche Wahlrecht würde das Parlament vollends zur Ohnmacht verurteilt werden. Durch solches Wahlrecht wird ein größerer Teil der Wähler des Wahlrechts beraubt. Wenn das Wahlrecht ein gleiches sein soll, so muß es auch den Frauen gegeben werden. Diese Vorlage ist wertlos und eine plumpe Täuschung. Der Wahlrechtskampf der Zukunft wird über alle Widerstände gegen das wirkliche gleiche Wahlrecht hinweggehen. (Beifall bei den Unabhängigen Soz.)

Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung.
Schluß 1¾ Uhr.

Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 1. Mai, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Hazebrouck unter schwerem Feuer.

Der Bahnhof von Hazebrouck lag am 29. April unter zusammengefaßtem deutschem Feuer. Einwandfrei wurde starke Wirkung festgestellt. Mehrere Brände sind beobachtet worden.

Der Brand von Reims.

Die Schweizer Depeschen-Information meldet: Nach Pariser Nachrichten dauert der Brand von Reims weiter an. Pariser Blätter melden, daß über 1000 Häuser in Reims eingeäschert wurden.

Die Beschießung von Paris soll nachgelassen haben.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 1. Mai. (Amtlich.)
Die regere Kampftätigkeit an der Südwestfront hielt auch gestern tagsüber an. An vielen Stellen wurden italienische Erkundungen vereitelt.

Die Zustände in der Ukraine.

WTB. Berlin, 1. Mai. (Amtlich.) In letzter Zeit machte sich in Kiew eine scharfe Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtete. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhren von der Regierung völlig ungenügende Unterstützung, die außerdem keinerlei Maßregeln traf, um die Frühjahrsaussaat und die dadurch bedingte Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Feldmarschall von Eichhorn sah sich deshalb nach dem Einvernehmen mit dem kaiserlichen Botschafter Freiherrn von Mumm genötigt, einen Erlaß über die Ausführung der Frühjahrsbestellungen zu veröffentlichen, der von der ukrainischen Presse entstellt wiedergegeben wurde, was Aufregung im Lande und in der Rada Protest hervorrief. Es ergaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder der Regierung sich selbst an der Agitation gegen uns beteiligten. Unter diesen Verhältnissen gewann die willkürliche Verhaftung des Direktors der russischen Bank für den auswärtigen Handel, Dobry, besondere Bedeutung. Dieser wurde ohne nähere Erklärungen im Namen des „Bundes zur Befreiung der Ukraine" in seinem Quartier überfallen und weggeschleppt. Zur Hilfe gerufene Soldaten der Regierungsmiliz weigerten sich, ihn zu schützen. Sein Aufenthalt ist zurzeit noch unbekannt. Dabry war als ukrainischer Finanzsachverständiger mit den deutschen Mitgliedern der Wirtschaftskommission in enge Fühlung getreten. Er hatte sich große Verdienste um die sachgemäße Zusammenarbeit mit der deutschen und österreichischen Delegation erworben. Außerdem liefen Nachrichten ein, daß weitere Verhaftungen folgen sollten; zugleich mehrten sich die Anzeichen für den Verdacht, daß die **Verhaftung von den Mitgliedern der Regierung selbst ausgegangen war.** Dieser Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen. Der Gewaltakt bedeutet den Wiederbeginn der Anarchie und die Regierung hatte sich als zu schwach erwiesen, die Rechtssicherheit in Kiew zu schützen. Feldmarschall von Eichhorn verfügte daher im Einverständnis mit dem kaiserlichen Botschafter Freiherrn von Mumm zur Sicherung der Stadt Kiew besondere Maßnahmen, die im wesentlichen auf die **Einsetzung von Militärgerichten,** strenge Bestrafung allgemeiner Verbrechen und Androhung schwerer Strafen gegen jede Störung der Ordnung abzielten. Inzwischen war die Untersuchung des Falles Dobry bereits dem deutschen Militärgericht übertragen worden. Sie führte unter anderm zu der **Verhaftung des Kriegsministers Shukowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern, Dajewski, der Frau des Ministers des Innern Tkatschenko, des Kommandanten der Stadtmiliz, Bogazki, und des Abteilungschefs im Ministerium des Aeußern, Ljubinski.** Die gerichtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

Kriegsgefangenenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich.

Am 26. April 1918 sind in Bern die seit mehreren Wochen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung über Gefangenenfragen geführten Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Die getroffenen Vereinbarungen sind nunmehr den beiden Regierungen zur Genehmigung vorgelegt worden.

Das wichtigste Ergebnis wird die Entlassung einer großen Anzahl deutscher und französischer Kriegsgefangener sein. Bei einer Mindestdauer der Gefangenschaft von 18 Monaten sollen kriegsgefangene Offiziere in der Schweiz interniert, Unteroffiziere und Mannschaften unmittelbar in die Heimat entlassen werden, und zwar ist für die Reihenfolge der Tag der Gefangennahme entscheidend. Austausch und Internierung sollen sich grundsätzlich Kopf um Kopf vollziehen. Nur für die an Zahl verhältnismäßig geringen Klassen der mehr als 45 Jahre alten Kriegsgefangenen und der mehr als 40 Jahre alten Familienväter mit mindestens drei Kindern konnte aus Gründen der Menschlichkeit von dem Austausch Kopf um Kopf abgesehen werden. An deutschen Kriegsgefangenen, die sich 18 Monate in französischer Gefangenschaft befinden, kommen zurzeit etwa 2000 Offiziere und 120 000 Mann in Betracht. Selbstverständlich wird der Austausch einer so großen Zahl Kriegsgefangener viele Monate in Anspruch nehmen und zumal bei ihrer Lösung aus dem Wirtschaftsleben beider Völker auf einen rechtzeitigen Ersatz Bedacht genommen werden.

Der Friedensvertrag mit Rumänien.

Die deutsche Balkanzeitung erfährt zu den Bukarester Verhandlungen, der Friedensvertrag mit Rumänien werde in wenigen Tagen endgültig unterzeichnet werden, nachdem alle zwischen Rumänien und den Mittelmächten schwebenden Fragen eine endgültige Erledigung gefunden hätten. Hierdurch würden die in der öffentlichen Meinung viel besprochenen Gerüchte über die Schwierigkeiten der zwischen Bulgarien und der Türkei zu lösenden Fragen gegenstandslos.

Befriedigender Verlauf der Verhandlungen mit Holland.

Wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" erfährt, sind die Verhandlungen mit Deutschland, die in den letzten Wochen zu einiger Spannung Anlaß gaben, so weit vorgeschritten, daß für beide Parteien eine befriedigende Regelung erzielt wurde und eine Mitteilung darüber in sehr kurzer Zeit erwartet werden kann.

Ein niedergeschlagener Aufstand in Petersburg?

Mit Verspätung wird aus Moskau vom 23. April durch Reuter gemeldet: Die Entwaffnung der Anarchisten in Petersburg erfolgte gestern abend ohne Widerstand.

Anscheinend handelt es sich um einen gegenrevolutionären Anschlag, den die Bolschewiki niedergerungen haben. Doch bleiben nähere Nachrichten abzuwarten.

Das Inkrafttreten der Dienstpflicht für Irland hinausgeschoben.

Es ist eine königliche Verordnung erschienen, wodurch das Inkrafttreten des Dienstpflichtgesetzes für Irland verschoben wird. „Daily News" melden dazu, daß die Regierung sich entschloß, bezüglich der Einführung der Dienstpflicht in Irland in den nächsten Wochen eine abwartende Haltung einzunehmen, bis sie beurteilen kann, welchen Erfolg die Homerulebill haben wird. Die Regierung hofft, die Homerulebill in nächster Woche einbringen zu können.

Verurteilung von Deutschen in den Vereinigten Staaten.

Die Deutschen, der frühere Generalkonsul Bopp und von Schack, wurden jeder zu einer Höchststrafe von zwei Jahren Zuchthaus und 10000 Dollar Geldstrafe verurteilt wegen Verletzung der Neutralität der Vereinigten Staaten durch Geheimbündelei zwecks Anstiftung einer Verschwörung in Indien. — Der frühere deutsche Militärattache von Brincken wurde zu zwei Jahren, der Agent des Norddeutschen Lloyd, Capelle, zu 15 Monaten Gefängnis und die anderen Angeklagten zu geringeren Strafen verurteilt.

Friedensbestrebungen amerikanischer Sozialisten.

Der „Voss. Ztg." wird berichtet: Einer der führenden amerikanischen Pazifisten, der volkswirtschaftliche Schriftsteller Scott Nearing, und der Sozialistenführer Viktor Berger sind wegen Verbreitung der Broschüre „Der große Wahnsinn" unter Anklage des Hochverrats gestellt worden.

In vielen Zeltlagern fanden Versammlungen von Sozialisten statt, die sich weigern, den Befehlen ihrer militärischen Behörden Folge zu leisten. Acht Sozialisten aus St. Paul sind aus diesem Grunde zu Gefängnis mit Zwangsarbeit im Ausmaße von 25 Jahren verurteilt worden.

Der Sozialist Viktor Berger, der unter Anklage steht, kandidiert für den Senat. Sein Programm fordert sofortigen Frieden und enthält folgende Darstellung: „Das amerikanische Volk wollte diesen Krieg nicht und will ihn auch nicht. Es ist durch den Verrat der herrschenden Klasse dieses Landes an den Abgrund gedrängt worden durch seine Demagogen, seine gekaufte Presse, durch seine sensationslüsternen Films, seine lügenerischen Inserate und sonstigen käuflichen Instrumente der öffentlichen Meinung. An der Spitze standen unsere Plutokraten, die uns in den Krieg schleppten und nun seine endlose Fortdauer verlangen, um sich selbst zu bereichern und um die Demokratie in Amerika zu vernichten."

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 1. Mai. (Amtlich.) Im westlichen Mittelmeer versenkte neuerdings ein U-Boot, Kommandant Kapitänleutnant Klasing, bei schwerem Wetter 5 Dampfer von zusammen etwa 26 000 Brutto-Registertonnen. Alle Dampfer waren gesichert, vier von ihnen tief beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein feindlicher Truppentransportdampfer verschwunden.

„Agenzia Americana" meldet: Der Truppentransportdampfer „Cyklop" ist verschwunden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Abgeordneter v. Kardorff aus der freikonservativen Partei ausgeschieden.

Dem „Berl. Tagebl." zufolge ist der Abg. v. Kardorff aus der reikonservativen Fraktion, deren Führer bekanntlich viele Jahre hindurch sein Vater gewesen ist, ausgeschieden. Herr v. Kardorff ist Anhänger des gleichen Wahlrechts. Nebenbei sollen aber auch noch Meinungsverschiedenheiten über die künftige Leitung der Fraktion, für die an Stelle des Freiherrn v. Zedlitz der Abgeordnete Dr. Lüdecke in Aussicht genommen ist, für den Austritt des Herrn v. Kardorff maßgebend gewesen sein.

Maurenbrecher im Dienste der Vaterlandspartei.

In einer Versammlung des Landesvereins Groß-Berlin der Vaterlandspartei sprach am Montagabend Max Maurenbrecher. Sein Thema lautete: „Keine Preisgabe deutscher Zukunft". Wer gibt nun nach Maurenbrecher die deutsche Zukunft preis? Man höre: Die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. Nach dem Berichte der „Täglichen Rundschau" hat Herr Maurenbrecher diese Entschließung „Satz für Satz und Begriff für Begriff" zergliedert. Maurenbrecher fuhr nach diesem Bericht fort: „Was wir jetzt sehen, ist Stimmung, und was wir im vorigen Sommer sahen, war ebenfalls Stimmung. In der Provinz aber habe man es satt, sich von Stimmungen regieren zu lassen, die in den muffigen Berliner Amtsstuben entstehen. Von „Kohlrübenstimmungen" sollten sich aber Volksvertreter nicht leiten lassen. Die Aufgabe des Parlaments sei, wie eine Regimentsmusik vor der Masse herzumarschieren, um ihr wieder Stahl und Kraft in die Knochen zu impfen."

Das wird genügen, um zu zeigen, wie weit es mit Maurenbrecher gekommen ist!

Das Landratsschloß.

Von dem Ankauf der Burg Eisenhardt durch den Kreis Zauch-Belzig ist in der Oeffentlichkeit bereits die Rede gewesen. Es hieß, das Schloß würde angekauft, um es nicht in die Hände von Kriegsgewinnlern fallen zu lassen. Das Protokoll der Tagung des Kreistags vom 22. März 1918 gibt aber ein etwas anderes Bild. Der Kreisausschuß motiviert den Ankauf damit, ein „dauerndes sichtbares Zeichen der Erinnerung an die große schwere Zeit" zu schaffen und — dem Landrat eine Wohnung herzurichten. Die Burg ist zurzeit Eigentum des Justizfiskus, der das Amtsgericht in ihr untergebracht hat. Nun sagt das Protokoll:

„Der Verkauf der Burg macht die anderweite Unterbringung des kgl. Amtsgerichts nötig. Voraussichtlich würden die

zuständigen Minister die Abtretung der Burg an den Kreis genehmigen, wenn als Gegenleistung der Kreis die Kosten der Erbauung eines Amtsgerichtsgebäudes trägt. Diese Kosten sowohl wie die der Herrichtung der Burg zur landrätlichen Wohnung kann der Kreis ohne jede Inanspruchnahme der Steuerkraft seiner Kreiseingesessenen tragen, wenn sie den Betriebsüberschüssen der verschiedenen vom Kreise geführten Kriegswirtschaftsstellen entnommen werden. die völlig ausreichen, um diese Kosten zu decken."

Es wird behauptet, daß diese Ueberschüsse sich auf 500 000 Mark belaufen. Jedenfalls soll der Kaufpreis für die Burg 125 000 Mark betragen, der Ausbau zur landrätlichen Wohnung nach Ansicht des Kreisbaumeisters 150 000 Mark kosten, während die Kosten des neuen Amtsgerichtsgebäudes auf 180 000 Mark bis 200 000 Mark geschätzt werden. Die Summe würde einen Gesamtüberschuß der Kriegswirtschaftsstellen von netto einer halben Million voraussetzen. Da erhebt sich doch die Frage, auf wessen Kosten diese Ueberschüsse herausgewirtschaftet worden sind und ob es nicht letzten Endes die Konsumenten sind, die durch eine wie eine ungerechte indirekte Steuer wirkende Verteuerung ihres Bedarfs die Kosten für den landrätlichen Ausbau haben aufbringen müssen. Wir können es begreifen, daß der Landrat des Kreises mit einem solchen „sichtbaren Zeichen der Erinnerung an die große Zeit" sehr zufrieden ist. Aber im Kreise Zauch-Belzig gibt es bereits eine ganze Anzahl Leute, die fragen, ob die „Denkmäler an die große Zeit" nicht einen etwas mehr gemeinnützigen Charakter tragen sollten.

Dänemark.

Die Wahlen zum dänischen Landsthing.

Bei den Wahlen von Wahlmännern zum Landsthing wurden gewählt: Regierungsanhänger: Sozialdemokraten, Radikale 1399; Opposition: Konservative, Linke, kirchliche Listen, Erwerbspartei: 1577. Die Wahlmänner treten nächste Woche zusammen, um 54 Mitglieder des Landsthings zu wählen. Das Landsthing besteht aus 72 Mitgliedern, von denen 18 im voraus von dem früheren Landsthing gewählt sind.

Aus diesem Wahlresultat sind noch keine Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ernährungsfragen.

Fünftausend Doppelzentner Weizen!

Aus Friedberg schreibt man der „Frankfurter Volksstimme": Ein Seitenstück zu den Mehlschiebungen im Kreise Hanau wurde gelegentlich der Untersuchung dieser Sache durch einen Revisor der Reichsgetreidestelle im Kreise Friedberg aufgedeckt. Infolgedessen wurde die Großmühle von Koch in Assenheim behördlich geschlossen. Koch hat die ungeheure Menge von 5000 Doppelzentnern Weizen — ein ganzer Güterzug! — für die Firma Krupp in Essen gemahlen und das Mehl dorthin abgeliefert. Man fragt sich, woher dieser große Posten stammt, da doch aller Weizen beschlagnahmt ist. Er kann natürlich nur auf Schleichwegen und zu hohen Preisen, die ja die Rüstungsindustrie bezahlen kann, beschafft worden sein. Jedenfalls sind in der Hauptsache große Landwirte dabei beteiligt, denn Kleinbauern werden unmöglich der Kontrolle so viel entziehen können. Hoffentlich wird über die Herkunft Aufklärung geschafft, wenn auch die Firma Krupp der Käufer ist. — Koch soll ferner aus dem Kommunalverband gehörigen, ihm zum Vermahlen anvertrauten Weizen nicht weniger wie 3000 Zentner Grieß hergestellt und als sogenannte „freie Ware" zu hohen Preisen abgesetzt haben.

Wirtschaftliches.

Kriegsgewinne. Der Geschäftsabschluß der Badischen Anilin- und Sodafabrik weist nach Absetzung von 21 219 478 Mark für Amortisationen und nach Vornahme der gesetzlich vorgeschriebenen Kriegssteuerrücksstellung einen Reingewinn von 30 001 400 Mk. und einschließlich des Vortrages von 3 249 752 Mk. einen Gesamtgewinn von 33 251 152 Mk. auf. Der Aufsichtsrat schlägt der Generalversammlung vor, dem außerordentlichen Reservefonds fünf Millionen, dem Kriegsinvalidenfonds zwei Millionen und dem Arbeiterunterstützungsfonds eine Million zu überweisen und eine Dividende von 20 Prozent zu verteilen.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 2. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

An den Schlachtfronten ist die Lage unverändert. Der Artilleriekampf war im Abschnitte des Kemmelberges gesteigert. Auch zwischen Somme und Lucebach, bei Mondidier, Lassigny und Noyon lebte er vielfach auf. Im übrigen blieb die Gefechtstätigkeit auf Erkundungen beschränkt.

Herzog Albrecht von Württemberg.

An der lothringischen Front war die französische Artillerie in den Nachmittagsstunden rege. Kleinere Vorstöße des Feindes wurden abgewiesen.

Osten.

Ukraine.

Vor Sebastopol brachen wir feindlichen Widerstand. Die Stadt wurde am 1. Mai kampflos von uns besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 2. Mai.

Die Aktion der Vaterlandspartei für ihre Eroberungspläne

soll am kommenden Montag in der Bürgerschaft erfolgen. Auf der heute im Amtsblatt veröffentlichten Tagesordnung dieser plötzlichen Bürgerschaftssitzung steht der diesen Gegenstand behandelnde Antrag Schwabroch und Genossen.

Wenn man sich erinnert, wie lange sonst vielfach Initiativanträge, die wichtige Angelegenheiten unseres Staatswesens betrafen, ohne ihre Erledigung zu finden, auf der Bürgerschaftstagesordnung standen, so muß man sich eigentlich wundern über die Fixigkeit, mit der im gegenwärtigen Falle gearbeitet werden soll. Es gilt hier eben Bestrebungen zu unterstützen, welche von gewissen in der Bürgerschaft maßgebenden Stellen ausgehen. Wir lassen nunmehr die Tagesordnung, wie sie heute veröffentlicht wurde, folgen:

I. Ein in nicht öffentlicher Sitzung zu verhandelnder Senatsantrag.

II. Antrag Dr. Wittern: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, 1. ihr baldigst Gesetzesvorschläge entgegenzubringen, die gewährleisten, daß für Wohn- und industrielle Zwecke Grund und Boden (Rohland) zu einem Preise, der den dreifachen landwirtschaftlichen Wert in der Regel nicht übersteigt, von jedem erworben werden kann, wenn auch jedoch unter Bedingungen, die wiederum gewährleisten, daß der billige Preis des Grund und Bodens dauernd, insbesondere auch zugunsten späterer Rechtsnachfolger, erhalten bleibt; die Gesetzesvorschläge werden sich insbesondere zu erstrecken haben auf Aenderungen a) des Enteignungsgesetzes, b) der Bauordnung, insbesondere des Abschnitts VII über die in Rücksicht auf das öffentliche Wohl getroffenen Bestimmungen (Zahl der Wohngeschosse, Höhe der Gebäude, Hofräume und was etwa sonst von der Bebauung ausgeschlossen bleiben muß), c) des Bebauungsplanes. 2. Verhandlungen mit gemeinnützigen Baugesellschaften einzuleiten, soweit solche für die geplante Gesetzgebung sachdienlich erscheinen sollten.

III. Antrag Dimpker, Dr. Görtz und Gen.: Die Bürgerschaft ersucht den Senat um Gesetzesvorlagen, durch die 1. die Gehalte der Beamten vom 1. April ds. Js. ab erhöht werden, und zwar nach der Gehaltstafel von 1911 (Lübeckische Verordnungen 1911 S. 39—52) um 25 % in den Besoldungsklassen A I—IX, B I, C I—III, um 20 % in den Besoldungsklassen A X—XVI, B II, C IV—VIII, um 15 % in den Besoldungsklassen A XVII—XXI, C IX—XII, und Teuerungszulagen nach dem Vorbilde, wie sie im Reich und in Preußen seit dem 1. April d. J. bestehen, nur bewilligt werden, wenn und insoweit sie durch die den Beamten gewährten Zuschläge zum Gehalt nicht erreicht werden; 2. in ähnlicher Weise, wie unter 1 vorgeschlagen ist, auch den in den Ruhestand versetzten Beamten, sowie den Hinterbliebenen von Beamten feste Zulagen gewährt werden, auf welche die ihnen zu gewährenden Kriegsteuerungszulagen anzurechnen sind, gegebenenfalls unter Aenderung des Beamtenhinterbliebenengesetzes vom 4. Dezember 1909: 3. die Honorare der Mitglieder des Senates vom 1. April d. J. ab neu festgesetzt werden: für die dem Gelehrtenstande angehörenden auf 20 000 Mark jährlich, für die übrigen auf 10 000 Mark nebst einer Entschädigung für Ehrenausgaben an den den Vorsitz im Senate führenden Bürgermeister von 5000 Mark.

IV. Antrag Schwabroch und Gen.: Die Bürgerschaft ersucht, in Uebereinstimmung mit dem zurzeit der Hamburger Bürgerschaft vorliegenden Antrage den Senat, angesichts der finanziellen Lage des Reiches und der durch den Krieg teilweise schwer getroffenen Bundesstaaten im Bundesrat dahin zu wirken, daß bei den weiteren Friedensschlüssen neben einer durchgreifenden Sicherung unserer kontinentalen Grenzen

1. auf eine ausreichende Kriegsentschädigung seitens unserer Feinde gegebenenfalls durch eine gesicherte vorzugsweise Lieferung von Rohstoffen,
2. auf den Ausbau eines den Bedürfnissen unseres Volkes entsprechenden großen Kolonialbesitzes,
3. auf eine wirksame Sicherung der berechtigten deutschen Forderungen an das Ausland Bedacht genommen wird.

V. Antrag Stelling und Gen.: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, durch seinen Vertreter im Bundesrat dafür einzutreten:

1. daß zwischen den kriegführenden Mächten ein baldiger Friede der Verständigung und der dauernden Versöhnung, der jede erzwungene Gebietserwerbung und politische oder finanzielle Vergewaltigung ausschließt, zustande kommt;
2. daß die durch den Krieg hervorgerufenen Ausgaben des Reiches nicht durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern, sondern durch starke Heranziehung der leistungsfähigen Kreise der Bevölkerung gedeckt werden.

Ein unhaltbarer Zustand.

Wer heute früh die Breite Straße passierte, konnte beobachten, wie sich vor dem an der Ecke der Fleischhauerstraße befindlichen Schuhwarengeschäft von Stiller eine gewaltige Menschenmenge staute; auch ein Schutzmannsaufgebot war zu bemerken. Und was war der Grund dieser Ansammlung Hunderter und aber Hunderter von Menschen? In dem Geschäft wurden heute früh Schuhwaren verkauft. Einige der Frauen hatten sich bereits um 5 Uhr früh eingefunden, um wenigstens dieses Mal nicht, wie so oft schon, trotz stundenlangen Stehens wieder vergebens gewartet zu haben. Da die Anzahl der zu verkaufenden Schuhwaren — denen man augenscheinlich nicht das Prädikat „billig und gut" ausstellen konnte — nur eine verhältnismäßig geringe war, so mußten viele der Harrenden resultatlos wieder nach Hause gehen, um sich auf ein andermal zu vertrösten. Wir haben bei früheren ähnlichen Anlässen wiederholt darauf hingewiesen, daß es dringend notwendig ist, schleunigst geeignete Maßnahmen zur Beseitigung dieses Mißstandes zu treffen. Die Schwierigkeiten, die sich einer Regelung entgegenstellen, sind zweifellos große. Aber sie müssen überwunden werden; so wie bisher, kann es nicht weiter gehen!

Diskretion Ehrensache?

Die Behörden haben oftmals das Publikum aufgefordert, sie im Kampf gegen Schleichhandel, Wucher und andere unerfreuliche Erscheinungen zu unterstützen. Wenn die Bevölkerung, zunächst dazu bereit, bald von einer solchen Unterstützung wieder absteht, so ist das in den meisten Fällen Schuld der Behörden, die die Angaben der Anzeige Erstattenden nicht mit der nötigen Diskretion behandeln. Es ist z. B. keine Seltenheit, daß schon die Polizeibehörden bei den ersten Ermittelungen dem Beschuldigten gleich sagen: „Herr oder Frau N. N. behauptet, daß sie gegen diese oder jene Verordnung verstoßen haben." Gewöhnlich sagt der also Gefragte, daß er ja Herrn oder Frau N. N. überhaupt nicht kenne und die Sache verläuft dann im Sande, nicht weil die Anzeige unbegründet, sondern weil die Fragemethode zu ungeschickt war. Es ist auch schon vorgekommen, daß die Angezeigten zu dem Anzeiger in die Wohnung kamen und ihm heftige Vorstellungen machten, mit Selbstmord und ähnlichen Verzweiflungsakten drohten. Andere wieder rächen sich, indem sie den renitenten Verbraucher auf die „Schwarze Liste" setzen und wohl gar bei den übrigen Kaufleuten in Verruf bringen.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen verlangt mit Recht, daß die Anzeigen und Unterlagen während der vorläufigen Ermittelungen so behandelt werden, daß der Anzeigende zunächst ganz aus dem Spiele bleibt, das schadet der Sache nichts und schützt die Verbraucher, die doch nicht aus Lust und Neigung, sondern im Allgemeininteresse die Behörden auf Verstöße, Uebertretungen und besondere Mißstände aufmerksam machen. Das gleiche muß verlangt werden in den Fällen, wo den Reichs- oder Landesämtern Beschwerden übergeben werden. Durch die Preisgabe von Namen und anderen Einzelheiten erzieht man nicht zur Mitarbeit, sondern man schreckt ab.

Die Rückführung von Leichen Gefallener aus den Armeegebieten des Westens ist nach einer kürzlich ergangenen Verfügung wieder genehmigt und noch bis zum 31. Mai d. J. zugelassen. Bereits erteilte Genehmigungen können eventuell noch zur Ausführung kommen, wenn die Ueberführung sofort in die Wege geleitet wird. In allen anderen Fällen ist schleunigst ein Gesuch an das stellvertretende Generalkommando einzureichen; jedoch nur dann ist auf Genehmigung zu rechnen, wenn die Grabstätte einwandfrei feststeht, genau bezeichnet werden kann (Einzelgrab) und nicht im feindlichen Feuerbereich liegt.

Die Notlage der Militärpensionäre. Bei den mannigfachen Kriegs-Teuerungszulagen, die heute gegeben werden, ist eine Gruppe völlig übersehen worden: das sind die militärischen Friedens-Invaliden, die nach einer Dienstzeit von mindestens sechs Jahren vor Ausbruch des Krieges als zu 100 Proz. erwerbsunfähig mit Verstümmelungszulage aus dem Dienst ausscheiden mußten. Diese Leute können nicht nur nichts mehr arbeiten, sondern sind im Gegenteil obendrein meist fremder Pflege bedürftig. An Pension beziehen sie, inkl. der Verstümmelungszulage von 27 Mk. monatlich als Unteroffizier 72 Mk., als Sergeant 87 Mk., als Feldwebel 102 Mk. Man muß sich wirklich fragen, wie ein solch bedauernswerter Invalide, ob verheiratet oder nicht, bei den heutigen Lebensmittelpreisen, mit dieser Pension seinen Lebensunterhalt bestreiten soll. Wo daneben noch das Geld für Miete, Kleidung, Schuhzeug, für Arzt und Medikamente herkommen soll, ist in der Tat ein Rätsel. Waren diese Pensionen schon im Frieden ganz unzulänglich, so entsprechen sie gegenwärtig auch nicht mehr den allerbescheidensten Ansprüchen. Das Reich hat die unbedingte Pflicht, hier ungesäumt helfend einzugreifen.

II. **Hansatheater.** Die Münchener Operetten-Gesellschaft unter Leitung des Direktors Curt Hagen begann am gestrigen Tage ihr Gastspiel im Hansatheater mit der Paul Lindeschen Operette „Fräulein Kadett". Die Handlung ist eine merkwürdig patriotische; angeblich wollen Frauen zu Beginn des Krieges eine elsässische Stadt an die Franzosen verraten und wird dieser Verrat mit Hilfe eines Schornsteinfegers und einem als Fräulein verkleideten Kadetten vereitelt. Der Inhalt des Stückes ist also nicht gerade geistreich und wird nur durch die sangbaren Melodien der Paul Lindeschen Weisen erträglich. Die Aufführung des Stückes wird noch gewinnen, wenn die Unsicherheiten, die sich noch bemerkbar machen, beseitigt sein werden. Die Herren Direktor Hagen als Rittmeister Fritz von Stockhausen, Fräulein Heine als Kadett Kurt und Fräulein Venturi als Kätchen traten angenehm hervor. Herr Colani als Schornsteinfeger Nuselich sollte sich vor Uebertreibungen hüten; ein Vertreter komischer Rollen ist kein Clown. Das Publikum unterhielt sich sehr gut und kargte nicht mit dem Beifall.

Besuch der Volksküche im Monat April 1918. 29 417 Portionen. 30 Tage gekocht pro Tag 981 Port. 6 212 gr. Tassen Kaffee à 10 Pfg. 621 Mk. 20 Pfg. 30 732 Port. Abendessen 6146 Mk. 40 Pf. Kinderspeisung 869 Mk. 75 Pfg. Zusammen 7686 Mk. 35 Pfg.

Hamburg. Die Bürgerschaft bewilligte gestern abend weitere 20 Millionen Mark für Kriegsausgaben. Bei dieser Gelegenheit verwies Genosse Huffmeier auf die Schwierigkeit für die jetzt aus dem Heer entlassenen 49jährigen Soldaten, sich Arbeitszeug zu beschaffen und fand die Unterstützung der Bürgerschaft für seinen Antrag, der Senat möge bei den Militärbehörden dahin wirken, daß den zur Entlassung kommenden Soldaten, soweit sie dessen bedürftig sind, der Marschanzug und ein Paar Stiefel belassen wird.

Altona. Totgequetscht. Bei der Hafenschlebpbahn in der Hafenstraße geriet ein Hilfsrangierer zwischen zwei Eisenbahnwagen und wurde so schwer an Brust und Kopf gequetscht, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Kiel. Schlechte Zeiten für Einbrecher scheinen in Kiel zu herrschen. Anders ist es nicht zu deuten, wenn Vertreter dieser ehrenwerten Zunft auf die sonderbare Idee verfallen, einen Einbruch — in die Redaktionsräume der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" auszuführen und alle Schubfächer um und um zu kehren, ohne natürlich auch nur einen roten Pfennig zu finden. Die Redaktion unseres Bruderblattes meint denn auch: „Diese gute, aber dämliche Seele hat sich eingebildet, daß sie einmal mit gutem Erfolg einen Raubzug in den Räumen der Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" vornehmen könne. Nun ist an und für sich in der Redaktion eines Arbeiterblattes mit der eifrigsten Arbeit kaum etwas anderes zu holen als Gefängnisstrafe, welche die liebliche Fürsorge des Staatsanwalts vermittelt. Jedenfalls sind Redakteure nicht gewohnt, in Redaktionsräumen zu hamstern. Sie sind herzlich zufrieden, wenn sie ihr kümmerliches Frühstücksbrot ohne Butter bei einer Tasse mührigen Kaffees heruntergeschluckt haben. Schätze sammelt der Redakteur eines Proletarierblattes auch nicht. Im Gegenteil bestehen bedenkliche Gerüchte darüber, daß die Gehälter dieser Art Menschenkinder zurzeit zu den schlechtesten unter den Arbeitern und den Festbesoldeten in der Stadt gehören. Wer sich nun die Mühe macht, bei Nacht und Nebel in die Räume dieser Redakteure einzudringen, von Raum zu Raum zu gehen, alle Schubfächer zu öffnen, um dann schließlich, wenn er nichts als paar leere Zigarettenschachteln gefunden hat, wütend das Arbeitsmaterial des einen Redakteurs auf die Erde zu feuern, den halten wir für den kompliertesten Narren, den es in Kiel geben kann."

Kiel. Bestrafter Feldpostpäckchenräuber. Der unvorbestrafte und seit 1898 als Beamter angestellte Postschaffner Heinrich Pr. unterschlug, nachdem er anfänglich sich nur an einzelnen Feldpostpäckchen vergriffen hatte, in der Zeit vom November 1917 bis zum Februar 1918 über zwanzig mit Feldpostpäckchen gefüllte Säcke. Er beging die Unterschlagung in der Weise, daß er sich aus dem Postgebäude mit den Säcken in der Richtung nach dem Bahnhofe entfernte; so glaubte man, er habe den Auftrag, die Säcke zu einem Postzuge zu bringen. In Wirklichkeit brachte er aber die Säcke in die Wohnung der von ihrem Manne geschiedenen Hökerin Auguste Br. Eines Tages fiel P. einem Vorgesetzten auf; er wurde heimlich verfolgt und in der Wohnung der B. dabei betroffen, als er die Pakete öffnete. In welchen Mengen der Angeklagte Feldpostpäckchen unterschlagen hat, wird am besten dadurch beleuchtet, daß zur Fortschaffung der in der Wohnung der Br. beschlagnahmten Sachen ein großer Rollwagen erforderlich war. P. behauptete zunächst, aus Not sich an den Päckchen vergriffen zu haben und später der Versuchung sich auf diese verabscheuungswürdige Weise Lebensmittel zu verschaffen, nicht zu widerstehen vermocht habe. Wie vom Vertreter der Anklage ausgeführt wurde, verdiente der Angeklagte nicht nur wegen der Tat an sich, sondern ganz besonders auch wegen der Vernichtung ethischer Werte eine ganz besonders harte Strafe; er wurde denn auch von der Strafkammer des Landgerichts zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis und sieben Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Hökerin Br. wurde wegen Hehlerei zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Apenrade. Unfall mit tödlichem Ausgang. Als zwei Dragoner durch die Süderstraße mit Handpferden ritten, scheuten die Pferde und gingen durch, wobei die beiden Dragoner von den Pferden gerissen wurden. Während der eine sich sofort erheben konnte, blieb der andere wie tot liegen und wurde zunächst in das Haus des Kaufmannes Erichsen getragen, von wo er nach Eintreffen eines Arztes in einem Krankenwagen nach dem Krankenhaus gebracht wurde. Dort ist er seinen Verletzungen erlegen. — Ein falscher Aufsichtsbeamter. Bei einem Landmann in Norderjarup, der eine Kuh, die kalben sollte, abgeschlachtet und das Fleisch abgeliefert, das Kalb aber für Hundefutter verwendet hatte, erschien ein gutgekleideter Mann, der sich als Geheimpolizist ausgab und eine Prüfung der Vorräte vornehmen wollte. Teile des Kalbs wurden vorgefunden, worauf der Landmann den Sachverhalt erzählte. Der Geheime betonte, daß dieser Fall dem Landmann mindestens 2000 Mk. kosten würde. Ausnahmsweise wolle er von der Verfolgung des Falles absehen, wenn der Landmann das zurückgehaltene Kalb mit 1 Mk. das Pfund oder mit 40 Mk. bezahle, worauf der Landmann einging. Der gnädige Geheimpolizist ließ sich dann von dem Landmann an die Bahn nach Overjersdal bringen. Da die Aufsichtsbehörde zu spät von dem Schwindel erfuhr, ist der Täter entkommen.

Bremen. Der Kriegszielantrag angenommen. Die Bürgerschaft nahm gestern mit allen bürgerlichen gegen 12 sozialdemokratische Stimmen folgenden Antrag betr. Friedensbedingungen an, der von fortschrittlicher Seite zusammen mit ausgesprochenen Reaktionären eingebracht und vom Hauptantragsteller, G. Kunoth, Hauptschriftleiter der „Bremer Nachrichten" begründet wurde:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, seinen Vertreter beim Bundesrat anzuweisen, angesichts der durch den Krieg herbeigeführten schweren finanziellen Belastung des Reiches und der Einzelstaaten im Bundesrat dahin zu wirken, daß bei den ferneren Friedensschlüssen folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Allen ~~militärischen und politischen Anforderungen entsprechend~~ Schutz der deutschen Reichsgrenzen.

2. Schaffung eines den wirtschaftlichen Bestimmungen Deutschlands entsprechenden Kolonialbesitzes.
3. Vollständige Sicherung sämtlicher deutscher Auslandsforderungen.
4. Ausreichende Kriegsentschädigung, gleichfalls zum Teil durch Lieferung von Rohstoffen.
5. Freiheit der Meere.
6. Sicherung unserer wirtschaftlichen Betätigung auf dem Weltmarkt.

Daß sich in Bremen auch kein einziger Liberaler gefunden hat, der gegen diesen kriegsverlängernd wirkenden Antrag stimmte, ist ebenso bezeichnend wie die Tatsache, daß sogenannte Liberale die Väter dieses Antrages sind!

Bremen Tödlicher Unglücksfall. Am Neustadtsgüterbahnhof ist Dienstag vormittag ein Arbeiter aus Delmenhorst, der mit anderen dabei beschäftigt war, einen Eisenbahnkalkwagen mit loser Kalkschüttung zu entladen, tödlich verunglückt. Nach Oeffnen der Türen des Kalkwagens hat der Arbeiter die Deckenklappe des Wagens hochgehoben und sie in vorschriftsmäßiger Stellung gebracht. Durch einen Windstoß wurde die Klappe zurückgeschlagen und fiel dem Arbeiter auf den Kopf. Durch den schweren Schlag wurde ihm die Schädeldecke zertrümmert.

Soziales.

Keine reichsgesetzliche Einführung des Siebenuhr-Ladenschlusses. Beim Reichstag sind ein Bittgesuch des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen mit einer Denkschrift und rund 10 700 nachgereichten Zustimmungserklärungen von Geschäftsinhabern sowie zahlreiche gleiche weitere Eingaben mit rund 179 000 Unterschriften und ein Bittgesuch der Arbeitsgemeinschaft der Kaufmännischen Verbände eingegangen, welche verlangen, daß eine reichsgesetzliche Einführung des Schlusses offener Verkaufsstellen um sieben Uhr, Sonnabends acht Uhr, durch Abänderung der §§ 139 c bis 139 i der Gewerbeordnung oder durch eine besondere Verordnung des Bundesrates herbeigeführt werde. Von verschiedenen Vereinigungen von Geschäftsinhabern, so dem Landesausschuß des Kleinhandels im Königreich Sachsen, dem Verbande deutscher Zweiggeschäftsbetriebe im Lebensmittelhandel usw. sind Gegeneingaben eingereicht worden, die darum ersuchen, über die Wünsche der Angestellten zur Tagesordnung überzugehen. Eine Anzahl ähnlicher Petitionen tragen einschlägige Wünsche vor, so eine solche des Deutschen Zigarrenhändler-Bundes, welches verlangt, die in § 2 der Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916 den Lebensmittelgeschäften hinsichtlich des Ladenschlusses gewährten Vergünstigungen (Achtuhrladenschluß) auch auf die Verkaufsstellen für Tabakfabrikate auszudehnen usw. Nach einen Anfang April 1918 ausgegebenen Bericht des Ausschusses des Reichstages für Handel und Gewerbe hat sich dieser mit all den Wünschen beschäftigt und eine ablehnende Stellung eingenommen. Zur Begründung wurde vorgebracht, daß der Reichstag sich bereits am 22. März 1917 mit der Frage beschäftigt und ablehnend entschieden habe. Es sei nicht anzunehmen, daß er inzwischen seine Stellung geändert habe. Dadurch seien die vorliegenden Eingaben schon als erledigt zu erklären. — Es dürfte damit aber das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Hat sich doch namentlich in letzter Zeit der Gedanke des Siebenuhr-Ladenschlusses immer mehr Bahn gebrochen: in einer sehr großen Zahl von Städten und Bezirken ist er inzwischen durchgeführt worden. Damit hat er auch Freunde gewonnen, die ihn festhalten wollen.

Ein Arbeitsvermittlungsgesetz in Finnland. Mit dem 1. Juli 1918 tritt in Finnland das Gesetz über die Arbeitsvermittlung vom 2. November 1917 in Kraft. Das Gesetz umfaßt 16 Artikel und entspricht in weitgehendem Maße den Anforderungen, die auch die deutschen Gewerkschaften an diese Einrichtungen stellen. Berechtigt zur Ausübung der Arbeitsvermittlung sind Gemeinden und Vereinigungen. Die Vermittlung hat unentgeltlich zu erfolgen, als Gewerbe darf sie weder durch Einzelpersonen noch durch Gesellschaften betrieben werden. Für Städte mit mehr als 5000 Einwohnern ist die Einrichtung eines Arbeitsnachweises obligatorisch; wo ein Bedürfnis vorliegt, sind auch Städte und Landgemeinden hierzu verpflichtet. Bei Arbeitseinstellungen bleibt die Tätigkeit der Anstalten aufrechterhalten, den eine Vermittlung nachsuchenden Personen muß aber über Art und Umfang der Streikfolgen Auskunft erteilt werden. Vereine, welche die Vermittlungstätigkeit auch zugunsten anderer als ihrer eigenen Mitglieder ausüben wollen, bedürfen hierzu der behördlichen Erlaubnis. Die als Vermittlungsbeamte bei den Vereinen angestellten Personen müssen das „Vertrauen ihrer Mitbürger" genießen und eine ordentliche und redliche Leitung des Arbeitsnachweises gewährleisten. Die Arbeitsvermittlungstätigkeit darf nicht in Verbindung mit einem Wirtshausausschank oder anderen derartigen Betrieben ausgeübt werden. Das Recht einer Vereinigung zur Ausübung der Arbeitsvermittlungstätigkeit kann vom Gericht als verwirkt erklärt werden, wenn die Anstalt für die Vermittlung Gebühren bezogen oder sonst gegen die Bestimmungen des Gesetzes verstoßen hat.

Der
„Lübecker Volksbote"
ist das
volkstümlichste Blatt Lübecks
und der Umgegend.

Er erläutert die Kriegsereignisse in streng wahrheitsgemäßer, für den einfachen Mann verständlicher Art!
Er scheidet alle Sensationsnachrichten aus und macht unverbürgte Nachrichten als solche kenntlich!
Er kämpft gegen den Wucher und die Preistreiberei unserer Lebensmittel und Gebrauchsartikel!
Er tritt für eine ausreichende und gerechte Kriegsfürsorge ein!
Er berät die Kriegerfamilien in allen Fragen der Unterstützung und Versorgung!
Er spricht gegen den Völkerhaß und bahnt einer friedlichen Verständigung den Weg!
Er wird in vielen Exemplaren von den Soldaten im Felde gelesen und täglich aufs neue von ihnen verlangt!
Der „Lübecker Volksbote" vertritt die Interessen der Werktätigen aller Berufe und Stände in dem Rahmen, den die verschärften Gesetze zulassen!

Man überzeuge sich durch ständiges Lesen des „Lübecker Volksboten"!

Jeder Arbeiter, jeder Bürger, jeder Beamte hat das Recht, den „Volksboten" zu lesen und wird ihn bald nicht mehr entbehren wollen.

Einzelnummer 10 Pfg. Monatlich ins Haus 1.00 Mk.

Für unsere Feldgrauen.

Abfindung der Urlauber.

Bisher erhielten die Urlauber aus dem Felde für zwei Tage Bahnfahrt die volle Verpflegung mit, also Fleisch, Brot, Gemüse, Kaffee, Fettportion und Rauchwaren. Wenn möglich, sind diese Portionen etwas reichlich bemessen worden, denn man wußte, daheim sitzen Frau und Kind, die es notwendig brauchen konnten. Nach einer neueren Verfügung gibt es für eine Bahnfahrt von zwei Tagen nur noch je 600 Gramm Brot und 200 Gramm Dauerfleisch nebst einer baren Entschädigung von 1,18 Mk. Das bedeutet eine erhebliche Verschlechterung. Mit einem Betrage von 1,18 Mk. pro Tag Bahnfahrt kann der Urlauber bei den Preisen, die heute auf den Bahnhöfen gefordert werden, absolut nichts anfangen; ganz abgesehen davon, daß er über keine Lebensmittelkarten verfügt. Hoffentlich wird diese Verfügung schleunigst wieder aufgehoben.

Wegfall von Zulagen bei der Marine.

Nach dem Vorgehen bei der Armee sind nun auch bei der Marine mit Wirkung vom 1. April 1918 die Arbeitszulagen in Wegfall gekommen, auch die Zulage für Bäcker, die bei der Armee beibehalten worden ist. Die Einstellung der an die Telegraphen- und Eisenbahninformationen bezahlten Arbeitszulagen ist bereits unterm 27. Februar 1918 verfügt worden. Das Reichsmarineamt betont dabei ausdrücklich, daß jede Erweiterung des Kreises der noch Empfangsberechtigten, jede Erhöhung oder Neueinführung von Zulagen ausgeschlossen ist. — Trotz der Erhöhung der Löhnung ist damit für eine große Anzahl Angehöriger der Marine eine recht erhebliche Verschlechterung eingetreten.

Kleines Feuilleton.

Friedliche Eroberungen im Wattenmeer.

Im Lärm des Krieges vergißt man leicht die Arbeit der friedlichen Eroberungen, die der Natur das abzuringen hat, was sie sich im Laufe der Zeit zu unserem Schaden anzueignen vermochte. Solche friedliche Eroberungen gelten vor allem dem Gebiete des Wattenmeeres an der Nordseeküste Schleswig-Holsteins. Das als Watt bezeichnete, vom Meer bespülte Land war vor mehreren tausend Jahren fruchtbare Marsch, Wiesen und Waldgelände. Wenn man von dem auf der Insel Föhr gelegenen Dorfe Goting aus zur Ebbezeit auf das Watt hinausgeht, so erblickt man viele erratische Blöcke, die als Zeugen eines zerstörten diluvialen Landes zu betrachten sind. Diese Blöcke gehören zu einem großen versunkenen Wald, zu dem schwarzen Walddorf Tuul. Aehnliche Zeugen einer versunkenen Zeit finden sich unter dem Damm von Sylt bei der Hallig Nordmarsch und unter der Hallig Nordstrandischmoor. All dies beweist die Ansicht, daß hier große Landmassen verloren gegangen sind, über deren Wiedereroberung Dr. Hugo Kühl in der Zeitschrift „Niedersachsen" spricht. Einen Einblick in diese Landverluste gewähren die von Prof. Dr. Wegemann im geographischen Institut der Universität Kiel ausgeführten Untersuchungen, die ergaben, daß seit Beginn des 13. Jahrhunderts die Veränderungen der Küste hauptsächlich in einer Verschiebung der Landmassen bestanden, daß aber vor dieser Zeit ein bedeutender Landverlust eingetreten war. Zur Wiedereroberung, deren Endziel die Gewinnung des Watts zwischen Oland, Nordstrand und dem Festlande ist, wurde seit dem Jahre 1896 ein großzügiges Programm in Angriff genommen. Es handelt sich vor allem um Dammbauten, die erstens eine sichere Verbindung mit dem Festlande schaffen, andererseits in ihrem Schutz eine rasche Anreicherung des Schlickbodens ermöglichen sollen. Ein Beispiel hierfür bietet die Hamburger Hallig, die infolge der Anschwemmung mit dem Festlande verwachsen ist. Die Fortsetzung dieser Arbeiten soll das vor Jahrtausenden verlorene Land wieder dem Meer entreißen. So war für die Jahre 1914 und 1915 der 12 Kilometer lange Bahndamm von Nickelsbüll nach Mersunkliff an der Ostspitze von Sylt geplant, der gleich nach Friedensschluß in Angriff genommen werden soll. Alles in allem ist beabsichtigt, die Inseln und Halligen untereinander und mit dem Festlande durch Dammbauten zu verbinden, um die zerstörende Wirkung der Fluten auszuschalten und möglichst günstige Bedingungen für die ständig vor sich gehende Marschbildung zu schaffen. Das Endziel wäre die Wiedergewinnung des ganzen Wattengebietes von ungefähr 2025 Quadratkilometer Ausdehnung.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten" bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten

Bekanntmachung.

Auf den Abschnitt 23 der Bezugskarte für Eier des Lebensmittelkartenheftes und der Lebensmittelkarte kann in der Zeit vom 2. bis 11. Mai ein Ei verabfolgt und entnommen werden.

Lübeck, den 1. Mai 1918. (2124

Das Polizeiamt.

Hoffend auf ein Wiedersehn, erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß nun auch unser lieber unvergeßlicher jüngster Sohn, Bruder und Neffe, der Unteroffizier (2125

Hermann Behncke

Inhaber des Eisernen Kreuzes und des Oldenburgischen Friedrich-August-Kreuzes

im Inf.-Regt. . . . im blühenden Alter von 25 Jahren nach 9½jährigen harten Kämpfen im Westen gefallen ist. Er folgte seinem lieben Bruder nach 5 Monaten in die Ewigkeit.

Die tiefbetrübten Eltern
Heinrich Behncke u. Frau Ida geb. Hardt.
Sein Bruder **Heinrich**, zurzeit in russischer Gefangenschaft, u. Braut **Anna Schildt.**
Seine Schwester **Emma.**
Seine Braut **Christine Behncke.**

Ruhe sanft im Frieden, fern von der Heimat Deiner Lieben.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter, hoffnungsvoller Sohn, unser Bruder, Schwager u. Onkel, der Unteroffizier

Hans Hoffmann

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse und des Oldenburgischen Verdienstkreuzes

am 9. April im besten Alter von 23 Jahren dem grausamen Kriege zum Opfer gefallen ist.

Der tiefbetrübte Vater (2126

Heinrich Hoffmann
und Geschwister.

Deutscher
Eisenbahner-Verband.
Ortsgruppe Lübeck.

Nachruf.

Am Sonnabend, 27. April, starb infolge längerer Krankheit unser Mitglied, der Wagenschieber

Wilh. Mansdotter.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

2128 **Der Vorstand.**

Wir suchen für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter u. Platzarbeiter
in größerer Zahl, ferner (2122
Eisendreher,
Maschinenschlosser,
Böttcher,
Rangierer,
Rottenführer und Rottenarbeiter.
Arbeiteranmahmestelle Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Getragene Taschenuhren unter Garantie. **Matern,** Uhrmacher, 2127) Beckergrube 26.

Ein lüftiger Schrank zu verkaufen. (2129 Dankwartsgrube 20.

Der neue Kriegs-Atlas
Bedeutend erweitert, jetzt 66 Karten von allen Kriegsschauplätzen sowie von den neugebildeten Staaten im Osten ist wieder vorrätig. Preis Mk. 1.50.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Bilderleisten einrahmungen 2121
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (2120
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

General-Versammlung
am Freitag, dem 3. Mai
abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn W. Hilprecht
(Gasthof Transvaal).
Um zahlreiches Erscheinen bittet
2123) **Der Vorstand.**

Hansa-Theater.
Heute und folgende Tage abends 8 Uhr: (2130
Operetten-Gastspiel
Fräulein Kadett.

Nr. 102
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag,
den 2. Mai 1918

Unsere Freunde!

Ringsherum um das alte Rußland haben wir ein reichliches halbes Dutzend Völker von Rußland „befreit" und alle haben die deutschen Befreier „mit Begeisterung" begrüßt, zuerst die Polen, dann die Ukrainer, dann die Litauer, dann die verschiedenen Baltenvölker. Heute kommt aus Helsingfors die verdächtige Nachricht, daß sich „die Stimmung für die Einführung der Monarchie in Finnland immer weiter verbreitet". Wir bitten ein verehrliches Publikum, darauf zu achten, wie diese Stimmung weiter verlaufen wird. So fing es in Polen, in Riga, in Dorpat und Reval auch an. Zuerst „monarchische Stimmung", dann ein deutscher oder österreichischer Prinz oder Fürst, dem die diversen Throne angetragen werden und schließlich die allgemeine Enttäuschung. Ueber den Umschwung der Stimmung in Polen ist ja nirgends ein Zweifel mehr, die Begeisterung für die Befreier ist so groß, daß man wahrscheinlich heute schon mit fliegenden Fahnen ins russische Lager zurückkehren würde, wenn eine Abstimmung im ganzen Lande stattfände. Mindestens sind die Neigungen für eine mit Deutschland oder Oesterreich eng verbündete Monarchie so schwach, daß sie alle Tage von außen sehr lebhaft gestützt werden müssen und daß man es in Deutschland jetzt schon für ganz unumgänglich hält, sich gegen den befreiten Freund durch ausgiebige Länderwegnahme zu sichern, indem man ihm Bendzin, Wielun, Kalisch, Landstreifen bei Thorn und dergleichen wegnimmt, was natürlich seine Freundschaft für den Befreier ins Ungemessene steigern wird. Die Polen waren die ersten Freunde. Später kamen die Ukrainer. Die nahmen die Deutschen mit unbeschreiblichem Jubel auf, bekränzten die Offiziere mit Blumen und überboten sich in Liebenswürdigkeiten. Als diese aber vier Wochen dort waren und Getreide haben wollten, gaben die Bauern nichts heraus und selbst die ukrainische Regierung ist nicht imstande, sie dazu zu bewegen. Im Gegenteil, die Stimmung wurde immer gereizter, und wie wir aus dem Hauptausschusse des Reichstages wissen, muß das dortige deutsche Militär sich nicht nur mit Gewalt der Vorräte bemächtigen, die man freiwillig nicht herausgibt, der General von Eichhorn hat sogar einen Anbauzwang und einen Arbeitszwang für die Landbewohner eingeführt, weil die gar nicht daran denken, „für die Deutschen" das Feld zu bebauen. Der Eingriff in die ukrainische Freiheit ist so groß, daß der dortige Landwirtschaftsminister seinen Abschied nahm. Wie es mit der Freundschaft der nicht so begeisterten Ukrainer gegenüber den Deutschen aussieht, kann man sich demnach ungefähr vorstellen.

Das war der zweite Freund. Der dritte sind die Ostseeprovinzen. Ueber die Stimmung der Litauer wissen wir Bescheid. Aber auch das, was aus Kurland, Livland und Estland als Deutschensehnsucht kolportiert wird, ist nur die Gesinnung der dünnen Oberschicht baltischer Barone und deutscher Intelligenzen. Soeben haben die Bevollmächtigten der estländischen Regierung, die wirklich das Volk hinter sich haben, einen Protest in die Welt geschickt, daß man ein paar baltischen Deutschen die Reise nach Berlin und ins deutsche Hauptquartier gestattet, sie selbst aber, die den Auftrag des Estenvolkes haben, zurückhält. Sie wollen, wie sie sagen, keine Feindschaft mit Deutschland, aber auch nicht mit Rußland, und vor allem wollen sie keinen deutschen Monarchen, sondern eine nach allen Seiten unabhängige Republik. Was wir heute von Polen und Ukrainern erleben, das erwartet unser also morgen aus Estland und Livland. Und gar die unabhängigen Finnen, die heute angeblich die „Wacht am Rhein" singen und monarchische Sehnsucht haben, sie werden den deutschen Landsleuten, welche die halbe Welt unter unser Zepter bringen möchten, erst recht bittere Enttäuschungen bereiten. Man lasse sich also nicht durch gemachte Telegramme über „monarchische Stimmungen" einwickeln — das dicke Ende kommt nach.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Die zunehmende Verschlechterung des Wohnungsmarktes hat den Magistrat in Augsburg veranlaßt, **großzügige Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot** zu ergreifen. Zunächst wurde mit einem laufenden Aufwand von jährlich 50 000 Mk. die Schaffung eines Wohnungsamtes beschlossen, das den Wohnungsmarkt ständig zu überwachen hat und dem u. a. auch die Wohnungsvermittlung übertragen ist. Die Hausbesitzer sind durch ortspolizeiliche Verfügung bei Strafe verpflichtet, alle leerstehenden Räume unverzüglich dem Wohnungsamte anzuzeigen. Des weiteren wurde — nicht ohne auf scharfen Widerstand bei den Hausbesitzern zu stoßen — beim Generalkommando eine Verfügung erwirkt, nach der die Kündigung einer Wohnung erst erfolgen darf, wenn das Mieteinigungsamt hierzu die Zustimmung gibt. Die Verfügung bringt für die Hausbesitzer auch den Vermietungszwang und ein Verbot, Wohnungen zu gewerblichen und Bureauzwecken zu verwenden und ihrer eigentlichen Bestimmung zu entziehen.

Um die Bautätigkeit für Kleinwohnungen zu heben, beschloß der Magistrat ferner, privaten Unternehmern und gemeinnützigen Bauvereinigungen **billiges Bauland zu günstigen Zahlungsbedingungen abzugeben.** Zum Ausgleich der außerordentlich hohen Baukosten und um die Wohnungsmieten nicht allzu sehr in die Höhe steigen zu lassen, wird den Unternehmern **finanzielle Beihilfe zu den Baukosten** aus einem zu diesem Zwecke geschaffenen Fonds, der zunächst mit 300 000 Mark dotiert, gewährt. Der Magistrat beschloß ferner, auf eigene Rechnung sofort mit einem Kostenaufwand von 500 000 Mark **9 Wohnhäuser mit 47 Kleinwohnungen zu erbauen,** außerdem in schon vorhandenen **städtischen Gebäuden 52 Wohnungen einzubauen.** Zur Sanierung von schon vorhandenen Wohnungen in alten Häusern wird ein Fonds von zunächst 200 000 Mark bereitgestellt, aus dem kapitalsschwachen Hausbesitzern die Baukosten zu diesem Zwecke zu günstigen Bedingungen vorgeschossen werden.

Die zu erstellenden Wohnhäuser, zu deren Bau städtische Zuschüsse geleistet werden, müssen nach einem vom Bauamte ausgearbeiteten bestimmten Typ gebaut werden, die daraus erzielte Rente darf 7 Prozent nicht übersteigen, der Magistrat behält sich dabei vor, auf die Festsetzung der Miete für die Wohnungen einzuwirken. In Aussicht genommen ist die Schaffung von vier großen Bauquartieren in den verschiedenen Teilen der Stadt.

In Altenburg wollen die Gewerkschaften und der Konsumverein der Wohnungsnot durch die Errichtung einer Baugenossenschaft steuern. Staatliche und städtische Behörden, sowie einflußreiche Industrielle bringen der Frage volles Verständnis entgegen. Eine Zusammenkunft dieser Kreise im Verein mit Arbeitern erzielte das Resultat, daß das Unternehmen nicht nur finanziell gesichert ist, sondern auch Unterstützung nach der Richtung hin erfahren wird, daß Gelände zum Bau von Kleinwohnungen für Minderbemittelte zur Verfügung gestellt wird. Kommissionen, in denen neben den Arbeitern die Stadt durch den Oberbürgermeister und ferner auch kapitalkräftige Industrielle vertreten sind, wird die Angelegenheit vorbereiten, so daß spätestens nach Abschluß des Krieges sofort mit dem Bau von Wohnungen begonnen werden kann. Ein Sachverständiger wird dem Unternehmen zur Seite stehen. Man beabsichtigt, das Unternehmen später auf das ganze Herzogtum auszudehnen.

*

In erschreckendem Umfange häufen sich in der letzten Zeit die Nachrichten aus einzelnen Städten, daß dringendste Wohnungsnot, hervorgerufen durch die kriegsindustrielle Umschichtung breitester Arbeitermassen, zu sofortigen Notstandsmaßnahmen genötigt habe. Baracken, leere Läden, Wirtshaussäle, Werkstätten, in Magdeburg sogar Schulgebäude werden zur notdürftigen Unterbringung der wohnungslosen Arbeiterfamilien herangezogen. Diese Verhältnisse geben im voraus ein schwaches Bild, welchen Zuständen im Wohnungswesen wir entgegen gehen, wenn einmal der Friede geschlossen sein und die Demobilisierung begonnen haben wird. Es liegt auf der Hand, daß alles, was in dieser Richtung durch Heranziehung vorhandener, nicht zu Wohnzwecken erbauter Räume geschieht, nur den unerläßlichen ersten Teil der notwendigen öffentlichen Fürsorge darstellen kann und daß diese Maßregeln mit möglichster Beschleunigung durch die Inangriffnahme endgültiger Wohnhausbauten mit Unterstützung der öffentlichen Körperschaften wieder entbehrlich gemacht werden müssen. An diese endgültigen Maßnahmen muß aber auch jetzt schon gedacht werden; es ist dazu die höchste Zeit! Auf zwei Wegen kann jetzt schon vorgesorgt werden. Einmal durch die Gesetzgebung, die die nötigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen hat. Dazu aber muß praktische Vorsorge kommen. **Wir werden in die Friedenszeit vollständig entblößt von allen Baustoffvorräten eintreten.** Der Bedarf wird nur allmählich gedeckt werden können. Deshalb muß **eine Rationierung** Platz greifen, die unter **strenger Bedarfsprüfung die vorhandenen Bestände an die Stellen des dringendsten Bedarfs bringt.** Die Stellen des dringendsten Bedarfs sind aber allemal **die Kleinwohnungen der arbeitenden Bevölkerung,** der die große Aufgabe zufällt, mit ihrer Hände Arbeit den Wagen der Friedenswirtschaft wieder möglichst rasch in Gang zu bringen. Oeffentliche Bauten müssen einstweilen zurückstehen, von den Luxusbauten reich gewordener Kriegsgewinnler gar nicht zu reden. Und innerhalb des Kleinwohnungsbaues wieder ist die **genossenschaftliche Bautätigkeit,** die das Kleinhaus bevorzugt, in erster Linie wieder zu bedenken. Was vermieden werden muß, ist gerade die an sich gar nicht so unwahrscheinliche Lage, daß **große Spekulationsgesellschaften sich die ersten vorhandenen Baustoffe sichern** und die ersten großen Renten aus den neuen Häusern, nach denen sich die Wohnungsbedürftigen trotz der hohen Mieten werden drängen müssen, für sich herausziehen. Diese Dinge entwickeln sich aber nicht von selbst in der Richtung, die das Volkswohl verlangt. Läßt man sie sich frei entwickeln, so läuft der Wagen in der entgegengesetzten Richtung. Deshalb muß eingegriffen werden. **Nicht** erst wenn das Bedürfnis da ist, darf überlegt werden, **was** die Behörden nun tun wollen. **Jetzt schon muß der Staat sich rüsten, damit er im Augenblicke des Bedarfes tatkräftig vorgehen kann.**

Deutscher Reichstag.

Die Aufhebung des § 153 und das Arbeitskammergesetz vor dem Reichstage.

Am Mittwoch wurde im Reichstage die erste Beratung zur Aufhebung des unhaltbaren § 153 der Gewerbeordnung in seltener Einmütigkeit der Parteien durchgeführt. Mit Ausnahme natürlich der Konservativen, für die selbst diese selbstverständliche Reform zu viel an Selbstverleugnung fordert. Daß sie sich dabei der Begleitschaft eines Teiles der Nationalliberalen erfreuen, ist ja nach den Erfahrungen in der Wahlrechtsfrage schon Tradition. Unser Genosse Ebert ließ keinen Zweifel darüber, daß, so sehr der Fall des § 153 als ein offensichtlicher Fortschritt begrüßt werden kann, noch weitere schwere Gefahren für das Koalitionsrecht der Arbeiter bestehen, die in Zukunft auch beseitigt werden müssen. — Die Begrüßung des Entwurfs des Arbeitskammergesetzes war etwas zurückhaltender. Er zeigt große Mängel und ist zweifellos von einem nicht unbeträchtlichem Mißtrauen gegen die Arbeiter getragen. Er wird, um seine Wirkung wie seine Absicht nicht zu verfehlen, wohl noch eine bedeutende Umänderung erfahren müssen, wie Genosse Legien in längeren kritischen Ausführungen nachwies.

*

Berlin, den 1. Mai 1918.

155. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Frhr. v. Stein, Scheuch.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs betr.

Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

Abg. Becker-Arnsberg (Z.): Bei der Aufhebung des § 153 der G.-O. handelt es sich um eine alte Forderung des Zentrums, denn zweifellos bedeutet dieser Paragraph ein Ausnahmegesetz,

---

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

14. Fortsetzung.

Als Diethelm hierauf an dem Kaufladen Gäblers vorüberkam, rief ihm dieser zu und übergab ihm mit einigen halb höflichen Worten die Rechnung für die eigenen Einkäufe und für die des Zeugwebers Kübler. Diethelm versprach, zu Neujahr zu bezahlen, und Gäbler sagte, er verlasse sich darauf. Ueberhaupt schien es Diethelm, als ob alle Menschen ein verändertes Benehmen gegen ihn hätten. Selbst der Sternenwirt war wortkarg und ging seinem Geschäfte nach, während er sonst unzertrennlich bei Diethelm saß und mit ihm über allerlei aus der Gegenwart und Zukunft plauderte. Was hatten denn die Menschen, daß sie auf einmal so ganz anders waren? War denn Diethelm nicht noch immer derselbe, der er von je gewesen? Damals am Markttag erglänzte ihm jedes Angesicht und streckte sich ihm jede Hand entgegen. Was ging denn jetzt vor? Der Zeugweber Kübler, der „den Herrn Vetter und Familienfürsten" aufsuchte und sich ihm zu Besorgungen erbot, konnte nicht begreifen, warum Diethelm über die ganze Welt fluchte und immer sagte, der sei ein Narr, der nur eine Stunde einem Menschen glaube. Woher es kam, das wußte Diethelm nicht, aber offenbar schien es ihm, daß man Schlimmes von ihm dachte und seine Ehre angegriffen sei, daß etwas wie eine Verschwörung aller Menschen gegen ihn in der Luft schwebe. Das von Zweifel und Bangen gepeinigte Herz verlangt besonders huldreiche Zuneigung der Welt, und gerade da bleibt sie aus, und das düster blickende Auge des Bedrängten sah Unfreundlichkeit der Menschen, wo sonst gar nichts gesehen wurde.

Diethelm beauftragte Kübler, eine geweihte Kerze, ein vier- und zwanzig Stunden haltiges sogenanntes Taglicht, zu kaufen für den verstorbenen Vater des Waisenkindes, in dessen Angelegenheiten er eben in der Stadt war. Kaum war Kübler weggegangen, als ein Briefchen vom Kastenverwalter kam, der Diethelm daran erinnerte, daß er das Geld, das in sechs Wochen fällig war, bereits anderweit versagt hätte. „Der hat auch was," knirschte Diethelm, den Brief in die Tasche steckend, und hätte er in diesem Augenblicke ein Verbrechen an der ganzen Welt begehen können — es wäre ihm eine Lust gewesen. Er hielt noch die Hand auf dem Briefe des Kastenverwalters, als Kübler kam, aber er brachte statt einer Kerze ein Gebund, das vier solcher enthielt.

„Ich hab' nur eine gewollt, aber es ist so auch recht," sagte Diethelm und hielt in zitternder Hand die Kerzen. Es war ihm, als müßte er damit sengen und brennen.

Elftes Kapitel.

Der Schnee wirbelte um ihn her, und Diethelm fuhr durch die Nacht dahin heimwärts, seine Wangen glühten, und die Schneeflocken, die darauf fielen, konnten die Glut nicht löschen. Am ersten Berg hielt er an, öffnete den Kutschensitz, aber nicht um seinen Inhalt, verborgen vor jedem Späherauge, zu zerstreuen; er legte drei der geweihten Kerzen noch zu dem Kienholz. Er fühlte einen Stich durchs Herz, und doch bewegte ihn ein freudiger, erfindungsreicher Gedanke: diese Kerzen brennen eine volle Tag- und Nachtlänge, mit ihnen läßt sich verdachtlos etwas bewirken.

Im Schritt den Berg hinanfahrend, überdachte Diethelm sein ganzes vergangenes Leben. Er spürte ein Jucken in den Augen, als er der unsäglich vielen Freuden gedachte, die er seinen Eltern und allen seinen Angehörigen bereitet hatte; und plötzlich stand es vor ihm, daß sein Bruderskind im Elend verkomme, wenn er nicht dem Kübler zur Ansässigmachung verhelfe. Alles, was er tue, sei ja zum Guten. Und jetzt war es, als sähe er seine Fränz, wie sie unter den Menschen herumgestoßen würde, die kein Erbarmen haben, und sich selber sah er sterbenskrank und in Not und verlassen. Es muß sein . . .

Heute kehrte Diethelm freiwillig auf der kalten Herberge ein. Es war ihm hier nicht mehr wie in einem verzauberten Hause zumute: alles hatte einen freundlichen Anschein, und das behäbige und wohlgemute Wesen des Wirtes sprach es deutlich aus, daß man nach einer solchen Tat wieder frischauf leben kann. Diethelm suchte sich immer mehr einzureden, daß der böse Leumund die Wahrheit verkünde und dieser Wirt ein Brandstifter sei. So saß Diethelm in sich gekehrt und mit glänzenden Augen umschauend, als ein alter Bekannter, der Reppenberger, eintrat und seinen Glückstern pries, daß er ihm einen Weg erspare, den er eben zu Diethelm machen wollte. Er berichtete, wie er endlich einen willigen Käufer gefunden, der den gesamten Wollvorrat zu einem Preise übernehme, bei dem für Diethelm noch ein mäßiger Gewinn sich ergab. Reppenberger hatte ein so lebendiges Mundstück und wußte es durch Weinzufuhr immer neu zu beleben, daß er gar nicht merkte, wie zerstreut und stotternd Diethelm stets antwortete, wenn er nicht lautlos darein starrte, als hätte er gar nichts gehört. Denn Diethelm war es in der Tat, als treibe der Teufel sein Spiel mit ihm. Kaum gibt er ihm die Kerzen in die Hand und erregt in ihm die erfindungsreichen Gdanken: da kommt die Versuchung und will alles zum leeren Possenspiel und zunichte machen. Ist darum alles Bedenken und alles innere Zagen überwunden, damit alles ein eitles Spiel um nichts sei? Das Herz das einmal den festen Willen zur bösen Tat gefaßt, sieht leicht diese schon als in sich vollbracht an, und wie mit dämonischer Gewalt wird es immer wieder dazu gedrängt, und alle Ablenkungen erscheinen nicht als das, was sie sind, sondern als Hindernisse, die übersprungen und besiegt werden müssen. Denn das ist das unergründliche Dunkel, daß das innere Sinnen, sei es gut oder böse, alle Vorkommnisse wie eine leibliche Speise verwandelt und sich gleichmacht. Was vor kurzem noch in Kämpfen und Bedenken als freier Entschluß sich darstellte, verkehrt sich in unabänderliche Notwendigkeit, und wie in einen Zaubertreis gebannt, aus dem nichts mehr zu wecken vermag, erfüllt sich das Geschick.

Darum mutete diese sonst frohe Kunde Diethelm jetzt mit Betrübnis an, und er knirschte innerlich vor Zorn, wie ihm die Rechtfertigung vor sich genommen war, da sonst kein anderer Ausweg blieb. Wie zum Hohn öffnete ihm jetzt die schlechte Welt einen Ausweg, den er doch nicht mehr einschlagen konnte. Einen großen Schick wollte er machen, und was soll jetzt ein kleiner Gewinn? Der spielte ihm die Möglichkeit einer völligen Rettung aus der Hand und überließ ihn fort und fort den tausend kleinen Plackereien, deren Ende gar nicht abzusehen war. Darum muß geschehen, was beschlossen ist . . .

Als errieten er Diethelms Gedanken, sagte der Reppenberger jetzt: „Guck einmal den Wirt an. Sitzt er nicht da so unschuldig und fromm wie der heilige Feierabend, und doch weiß er, was er getan hat, und hat sein Haus angezündet und beim Brandlöschen sich einen nassen Finger gemacht und alles abgewischt, was angekreidet gewesen ist. Jetzt hat er ein neues Haus und bar Geld statt Schulden."

„Wer weiß, wie es ihm zumut ist," sagte Diethelm, sich mit der Hand hin und her durch das Halstuch streifend als wollten die Worte nicht heraus.

Der Reppenberger lachte laut und sagte: „Hab' schon gehört, daß du fromm geworden seist, aber glaub mir, wenn alle Leute, die was Ungrades getan haben, krumm gingen, da könnt' sich ein Aufrechter ums Geld sehen lassen."

„Ich will nichts mehr davon hören," sagte Diethelm streng verweisend und sprach nun von dem Verkauf, zu dem er sich willfährig zeigte. Er wußte nicht recht, warum er das tat, aber so viel war ihm klar, er müßte scheinbar darauf eingehen, um nicht Verdacht auf sich zu lenken. Auf diese Rücksicht wollte er fortan alle Klugheit verwenden, und er war im Innern stolz darauf, wie weit er es bereits in der Verstellungskunst gebracht hatte. Diethelm nahm den Reppenberger mit nach Buchenberg, und da der abgehauste Mann keinen Mantel hatte, gab er ihm eine Pferdedecke, in die sich derselbe behaglich wickelte. Diethelm aber frohlockte es bei dem Gedanken, daß auch er einst wie dieser einer geliehenen Pferdedecke sich freuen könne, und wie er Peitsche und Leitseil in die Hand nahm, sprach es in ihm: darum muß geholfen werden, solange ich das noch leuchte.

(Fortsetzung folgt.)

das unbedingt fallen muß. Während Unternehmer nach diesem Paragraphen nur sehr selten in Strafe genommen worden sind, sind Arbeiter in tausenden von Fällen sehr hart bestraft worden. Allerdings bedarf das Koalitionsrecht nicht nur der hier vorgesehenen negativen, sondern auch einer positiven Regelung. Dem eingebrachten Entwurf stimmen wir ohne Ausschußberatung zu.

Abg. Ebert (Soz.): Dieser § 153 ist ganz zweifellos ein Ausnahmegesetz, denn gegen Arbeitgeber ist er nicht anwendbar, sie haben genügend wirtschaftliche Möglichkeiten, um dem Paragraphen aus dem Wege gehen zu können. Das gibt ganz unumwunden jetzt auch die Regierung in ihrer Begründung zu. Der Paragraph hat einen so vieldeutigen und gehässigen Charakter, daß selbst bei den harmlosesten Zusammenkünften in wirtschaftlichen Kämpfen auf harte Gefängnisstrafen für Arbeiter erkannt worden ist. Dem allgemeinen Rechtsempfinden wird mit diesem Paragraphen geradezu ins Gesicht geschlagen. Kein Wunder, daß seine Handhabung zu einer ständigen Quelle tiefster Erbitterung für die Arbeiter werden muß. Alle gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ohne Rücksicht auf die politische und religiöse Stellung ihrer Mitglieder stimmen in der Beurteilung dieses Paragraphen überein. Seine Handhabung bildet ein recht düsteres Kapitel, das bei der innerpolitischen Entwicklung des Reiches eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat und hoffentlich mit dem heutigen Tage seinen Abschluß findet. Wir verkennen keineswegs, daß auch nach der Annahme der Vorlage noch ernste Gefahren für die Ausübung des Koalitionsrechtes bestehen. Sind doch Arbeiter, die im wirtschaftlichen Tageskampf lediglich die Interessen ihrer Kameraden vertraten, auf Grund des Erpressungsparagraphen zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden. Auch ist mit der Annahme der Vorlage leider noch nicht allen Arbeitern das Koalitionsrecht gesichert. Der Gesetzgebung bleibt hier noch eine große und dringende Aufgabe, doch wäre es verfehlt, die heutige Vorlage damit zu belasten. Sie bildet einen erfreulichen Fortschritt und diesen gilt es zunächst sicherzustellen. Wir sind deshalb mit der glatten Erledigung ohne Kommissionsberatung einverstanden und werden der Vorlage zustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dove (Vp.): Wir stimmen der Vorlage zu. Der Liberalismus hat seinerzeit den Anstoß dazu gegeben, statt der Einzelverträge Kollektivverträge von Organisation zu Organisation zu schaffen. Hier liegt eine Ausnahmebestimmung vor, die beseitigt werden muß. Auch andere Bestimmungen könnten noch als Ausnahmebestimmung angesehen werden, doch begnügen wir uns heute mit der Zustimmung zu dieser Vorlage.

Abg. Dr. Junck (Nl.): Eine Minderheit meiner Freunde hat Bedenken gegen die Vorlage, die Mehrheit meiner Freunde dagegen stimmt ihr ohne Kommissionsberatung zu.

Abg. Schiele (K.): Es handelt sich hier nicht nur um eine soziale, sondern auch um eine politische Frage. Fällt der § 153 der G.-O., so werden die wirtschaftlichen Kämpfe noch eine größere Erbitterung annehmen. Man kann hier nicht von einem Ausnahmegesetz sprechen, sondern der Paragraph soll Schutz gegen den Terrorismus der Streikenden geben. Wir können seine Aufhebung daher nicht billigen. (Beifall bei den Kons.)

Abg. Behrens (Deutsche Fraktion): Die Gewerkschaften haben alles getan, um das Durchhalten in der schweren Kriegszeit zu ermöglichen. Ihrer einmütigen Forderung muß man also Rechnung tragen.

Abg. Jaeckel (U. S.): Auch meine politischen Freunde begrüßen die Regierungsvorlage und erblicken in ihr einen Fortschritt. Gerade der Abg. Schiele ist am wenigsten befugt, über Terrorismus zu sprechen — gehört er doch jenen Kreisen an, die den schlimmsten Terrorismus gegen nicht willige Unternehmer ausgeübt haben. Auch nach dem Fallen dieses Paragraphen wird die Ausnahmebehandlung der Arbeiter bleiben, solange der Streik als ein Verbrechen angesehen wird. Sollen solche Konzessionen wie die Vorlage nicht nur als Maßnahmen der Kriegsnot gewertet werden, die die Arbeiter mit der Kriegsnot aussöhnen sollen, so müssen Sie dafür sorgen, daß ein neuer Geist in die Regierung einzieht. (Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Nowicki (Pole) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Die Debatte schließt. Die zweite Lesung wird im Plenum erfolgen.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfes eines

Arbeitskammergesetzes.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Frhr. v. Stein: Wir müssen die Kräfte für den wirtschaftlichen Kampf, den uns die Feinde für die Zeit nach Beendigung des Krieges auf das ernstlichste androhen, zusammenhalten. Eines der wichtigsten Probleme ist dann die Regelung des Arbeitsverhältnisses. Die Millionen, die den Waffenrock ausziehen und den Arbeitskittel anziehen werden, werden dann den Arbeitsmarkt sehr verändert wiederfinden, daß dann keine schweren Erschütterungen eintreten, muß eine unserer Hauptsorgen sein, und dazu soll auch das Arbeitskammergesetz dienen. Auf dem Gebiet der Regelung des Arbeitsnachweises bietet sich der einsichtigen Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein weites Feld der Tätigkeit. Ein dauerndes Zusammenarbeiten ist aber nur denkbar bei genauer Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse, und deshalb halten wir an dem sachlichen Aufbau der Arbeitskammern fest. Auch die Bedenken gegen die Einbeziehung der Arbeiter in das Gesetz, die bei der Vorlage von 1911 bestanden, glaubte die Regierung jetzt zurückstellen zu sollen. Das Gesetz soll die nach dem Kriege kommende Entwicklung fördern und schwere Erschütterungen verhüten.

Abg. Schiffer-Zentrum (Z.): Wir begrüßen die Vorlage, jedoch bedarf sie in wesentlichen Punkten noch der Verbesserung. So wird die Frage ernstlich zu prüfen sein, ob der Aufbau der Arbeitskammern eine räumliche oder sachliche Grundlage haben soll. Weiter wären besondere Arbeiterabteilungen bei den Arbeitskammern zu wünschen. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Kammern würde dann erheblich größer sein. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Abg. Legien (Soz.): Die Vorlage ist beseelt von dem Geist, den wir in der Arbeitergesetzgebung stets hatten, nämlich dem Geist des Mißtrauens gegen die Arbeiter. Die Arbeitskammern sollen ja nicht für die Unternehmer, sondern für die Arbeiter geschaffen werden, wie auch die Regierung in der Begründung hervorhebt. Dann hätte man aber die Wünsche der Arbeiterorganisationen berücksichtigen sollen. Als der erste Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Schwander aus dem Amte schied, erklärte er unserem Kollegen Bauer, alle sozialen Gesetze würden einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten sozialen Kommission zur Begutachtung vorgelegt werden. Bisher haben wir von dieser Kommission nichts gehört. (Hört, hört! bei den Soz.) Und auch diese Vorlage hat einer solchen Kommission nicht vorgelegen. Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten haben seinerzeit einen eingehenden Arbeitskammergesetzentwurf ausgearbeitet. Die dort niedergelegten Wünsche sind in dem vorliegenden Entwurf aber übergegangen. Dabei hätte doch die Regierung gerade hier Gelegenheit gehabt, in großzügiger Weise zu zeigen, daß sie für die Arbeiter nicht nur Worte, sondern auch Taten hat. Aber trotz der vier Kriegsjahre zeigt sich in dem Entwurf ein kleinlicher Geist des Mißtrauens gegen die Arbeiter. Deutlich zeigt sich das bei den Bestimmungen über die Einbeziehung der Eisenbahnbetriebe. Im Entwurf von 1910 waren nach dem Beschluß des Reichstages nur die Fabriken und Werkstätten einbezogen. Jetzt ist in der Vorlage statt des Wortes „Arbeitnehmer" durchweg das Wort „Arbeiter" gesetzt. Die Einbeziehung der Eisenbahnarbeiter hat also nur die wesentliche Bedeutung, daß nur die Streckenarbeiter hinzukommen. Dazu aber wird für die Eisenbahnarbeiter ein Ausnahmerecht geschaffen, denn sie sollen nur durch den Arbeiterausschuß in indirektem Verfahren Mitglieder zur Arbeitskammer wählen. Das gleiche Ausnahmerecht könnte jeder volkswirtschaftlich wichtige Großbetrieb mit demselben Recht wie die Eisenbahn verlangen. Dann wird noch der Versuch gemacht, in dieses Gesetz ein kleines Streikverbot für die Eisenbahner und Postbeamten hineinzubringen, denn im § 45 Abs. 2 heißt es in einem Nebensatz, daß in diesen Betrieben weder eine Betriebseinstellung noch eine Arbeitsniederlegung zulässig ist. In der Weise läßt sich diese umstrittene Frage nicht lösen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Regierung hält an der beruflichen Gliederung der Arbeitskammern fest. Für ihre berufliche Vertretung bedürfen die Arbeiter der Arbeitskammern nicht, aber alle die Berufsgruppen, in denen starke Organisationen nicht vorhanden sind, werden dadurch von den Arbeitskammern ausgeschlossen. Wir müssen die territoriale Gliederung verlangen. 1866 wollte die preußische Regierung das Koalitionsverbot für Landarbeiter aufheben, nicht aus Zweckmäßigkeit, sondern aus Gerechtigkeit. Der jetzige Entwurf schließt die Landarbeiter aus, wir müssen sie aus Gerechtigkeit in die Arbeitskammern einbeziehen. (Lebh. Sehr richtig!) Der Aufbau dieses Gesetzes hätte der Regierung Gelegenheit zu einem einheitlichen Aufbau der gesamten Vertretungen der Arbeiterschaft geben können. In der Kommission werden wir bemüht sein, einen solchen einheitlichen Aufbau herbeizuführen. Unseren Wünschen entspricht der Entwurf nicht im entferntesten. Die Kommission wird gründliche Arbeit machen müssen. Wenn der Arbeiterschaft nicht sehr schwere Enttäuschung bereitet werden soll, wird der Entwurf nicht nur in seinen einzelnen Teilen, sondern in seinen Grundzügen umgestaltet werden müssen. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weinhausen (Vp.): Der Vorredner hat nur Schattenseiten in dem Entwurf gesehen. Er ist aber doch der erste Schritt dazu, den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung zu geben. Und deswegen begrüßen wir ihn mit Freuden. Zu bedauern ist, daß die Landarbeiter von ihm ausgenommen sind. In der Kommission werden wir uns bemühen, diesem Mangel abzuhelfen.

Abg. Jäger (Nl.) bedauert die Ausnahmebestimmungen für die Eisenbahnarbeiter, die die Kommission beseitigen möge.

Abg. Wildgrube (K.) bestreitet, daß zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern starke Interessengegensätze bestehen müssen und verlangt die Aufrechterhaltung des § 153.

Abg. Behrens (Deutsche Fraktion) tritt für die Einbeziehung der Landarbeiter in das Gesetz ein; andernfalls müßte der Entwurf abgelehnt werden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen

hielt am 27. und 28. April im „Rheingold" zu Berlin unter starker Beteiligung aus dem Reiche eine Gesamt-Vorstands-Sitzung ab. In der Eröffnungsrede schilderte der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, die augenblicklichen Ernährungsverhältnisse und warnte vor übertriebenen Hoffnungen in bezug auf die Zufuhr aus der Ukraine, die infolge der dortigen ganz ungeordneten und unsicheren Verhältnisse erhebliche Schwierigkeiten bereite. — Aus dem von der Geschäftsführerin, Frau Müller-Oesterreich, erstatteten Tätigkeitsbericht ist hervorzuheben, daß an den Arbeiten der „Feststellungsausschüsse" zur Prüfung der Getreidebestände, zu denen auf Anregung des Vorsitzenden die Verbraucher hinzugezogen wurden, ungefähr 50 Mitglieder des Kriegsausschusses beteiligt waren. Die Hinzuziehung der Verbraucher hat nicht, wie die „Deutsche Tageszeitung" immer wieder behauptet, die Verstimmung zwischen Stadt und Land vergrößert, sondern im Gegenteil zu einer Verständigung beigetragen. — Die Wahrnehmung der Interessen der Verbraucher bei der Reichsbekleidungsstelle sei nicht immer leicht gewesen, doch habe man immerhin die Zusage erhalten, daß durch schärfere Ueberwachung der Altkleiderverwertungsstellen und ihrer Preispolitik den vielfach gerügten Mißständen abgeholfen werden solle. Die bedenklichen Mißstände, die sich im Alt- und Neumöbelhandel herausbildeten, gaben dem K. f. K. Veranlassung, einen besonderen Ausschuß für diese Frage einzusetzen, ebenso ist beabsichtigt, für die Behandlung der Wohnungsfrage eine Kommission zu bilden, die in engster Fühlung mit dem Deutschen Wohnungsausschuß arbeiten soll.

In der anschließenden Aussprache wurde namentlich von den auswärtigen Vertretern auf die Schwierigkeiten und Unterschiede in der Versorgung der einzelnen Bezirke hingewiesen. Einige Anträge bezüglich der Abstufung der Lebensmittelpreise nach den Einkommensverhältnissen, der Bewirtschaftung der Holzschuhe, der Kohlenversorgung und der Preisregelung für Kleider und Kleiderstoffe wurden dem geschäftsführenden Vorstande zur Erledigung überwiesen.

Am zweiten Verhandlungstage sprach Herr Bruno Dölz über die „Uebergangswirtschaft in der Nahrungsmittelversorgung". Der Vortragende bezeichnete nach der langen Zeit der Entbehrung eine reichere Ernährung in der Uebergangszeit als notwendig und lehnte daher alle Einfuhrbeschränkungen aus Valutarücksichten ab. Er forderte ferner einen Preisabbau und eine Steuerpolitik, die nicht auf eine Belastung, sondern auf eine Verbilligung der Lebensmittel hinziele, und gelangte deshalb zu einer Ablehnung der neuen Warenumsatzsteuer. Für den Genossenschaftsgedanken forderte er Duldung und Anerkennung, dagegen lehnte er die kommunale Regie der Lebensmittel, wie sie z. B. Berlin-Schöneberg plant, ab: Den Behörden die Ueberwachung, den wirtschaftlichen Organisationen den Handel. Der Abbau des Kriegswirtschaftsbaus der Nahrungsmittel soll planmäßig und allmählich erfolgen. Am längsten wird die Rationierung von Brot und Fleisch beibehalten werden müssen, während die Gemüse-, Obst- und Eierversorgung bald dem freien Verkehr wird überlassen werden können. „Für den kommenden Wirtschaftskampf bedürfen wir einer starken Leitung und wir werden ihn nur dann bestehen, wenn die Führung das werktätige und schaffende Volk hinter sich hat, dessen berechtigte Interessen keineswegs im Gegensatz zu einer vernünftigen Erzeugerpolitik stehen brauchen."

In der anschließenden Erörterung wurde immer wieder betont, daß die Vertretung der Verbraucherinteressen in der Uebergangswirtschaft und in der Friedenswirtschaft genau so notwendig sei, wie in der Kriegszeit, und daß die Umwandlung der losen Organisation, wie sie der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen jetzt darstellt, in eine öffentlich rechtliche Körperschaft (Konsumentenkammer) eine Notwendigkeit sei. Der Vorsitzende schloß die Tagung mit dem Wunsche, daß wir recht bald in die Uebergangswirtschaft eintreten und damit auch der Friedenswirtschaft näherkommen möchten.

Kommunales.

Gaststätte ohne Eß- und Trinkzwang. Aus Köln wird berichtet: „Oberbürgermeister Adenauer hatte den Gastwirtsvereinigungen mitgeteilt, daß in den nächsten Monaten in Köln kein Petroleum zu erwarten sei; es sei daher wünschenswert, wenn die Wirte ihre freien Räume — geheizt und beleuchtet — gegen mäßiges Entgelt zur Verfügung stellen, damit die Bürger, die unter dem Lichtmangel zu leiden hätten, abends dort Aufenthalt nehmen können, ohne etwas verzehren zu müssen! In der Wirteversammlung wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, dem Oberbürgermeister zu antworten, daß die Wirte gern bereit seien, den Wunsch zu erfüllen. Eine Anzahl der Wirte gab bereits in der Versammlung die Zahl der freistehenden Räume an, die übrigen sollen sich mit der nötigen Angabe bei der Geschäftsstelle der Wirte melden. Die Vergütung an die Wirte wird die Stadtverwaltung tragen." — Diese weise Regelung sollen sich alle Gemeinden zum Muster nehmen. Diejenigen Alkoholgegner aber, die irgendwelchen Einfluß in Kommunen und auf deren Verwaltungen haben, müssen alle Hebel in Bewegung setzen, hier fest nachzufassen.

Flucht aus der Riviera.

„Pariser Bahnhöfe im Frühling 1918!" schreibt das Pariser „Journal" in seiner satirischen Ecke, „wieviel Elend und Jammer ist da zu sehen! Wie viele Unglückliche, die vor Erschöpfung zusammengebrochen sind! Mit Kisten und Kasten, mit Ballen und schlecht verschnürten Paketen, Kinder und Vogelkäfige in der Hand, so erzählen sie wortlos von der Aufregung der Abreise, den Schrecken dieses Krieges.

Ich glaubte einem, dem ein bitterer Zug um den Mund lag, ein Wort des Trostes sagen zu sollen.

„Wo kommen Sie her?" leitete ich das Gespräch ein.

„Aus dem Süden."

„Aus dem Süden?"

„Ja, es ist entsetzlich, was sich da abspielt. Unmöglich, es noch länger da unten auszuhalten. Da haben wir uns denn wieder aufgemacht und in die Bahn gesetzt."

Und mit einer Stimme, in der noch die Erregung des Erlebten zittert, erzählt er:

„Zum Schlafen hatten wir, meine Frau und ich, noch gerade ein Billard ergattern können. Aber vorletzte Nacht verlangte man von uns, daß wir uns quer legen, um einer vierköpfigen Familie Platz zu machen, die frisch aus Paris anlagte. Der Kopf und die Beine hingen uns herab, aber kosten tat das Uebernachten 20 Franken die Person, 2 Franken die Stunde! Eine mehr als mäßige Mahlzeit, ohne Wein, ohne Brot, ohne Zucker, 15 Franken das Gedeck! Und alles vorher zu bezahlen. Unmöglich, ein Zimmer zu finden, nicht für die höchsten Preise. Zwei entsetzliche Tage haben wir im Café de la Promenade verbracht. In einem Zimmer mit drei Bänken schliefen zweihundert Personen. Bloß für einen kleinen Schnaps mußte man 3 Franken anlegen. Na, da haben wir denn das letzte genommen, was wir noch an Gelo hatten und sind mit unseren Siebensachen wieder nach Paris gekommen. Da haben wir es immer noch besser."

So hörte ich noch zahlreiche andere nicht weniger rührende Berichte gänzlich ausgehungerter und ausgepowerter Flüchtlinge von der Riviera."

Aus dem Gerichtssaal.

Der teure Rausch. Daß auch die Räusche im Preise gestiegen sind, lehrte eine Verhandlung vor dem Berliner Kaufmannsgericht. Der Kutscher und Einkäufer einer Faßfabrik, Otto H., war entlassen worden, weil er in angetrunkenem Zustande auf den Geschäftshof kam und dort gegen den Prinzipal tätlich zu werden drohte. H. klagte gegen den Prinzipal wegen unberechtigter kündigungsloser Entlassung. Wie der Beklagte behauptet, habe er sogar die Frau des H. gegen dessen Mißhandlungen schützen müssen. Gegen diesen Vorwurf wandte sich aber die 19jährige Ehefrau des Klägers: „Dreschen tut mir mein Mann nich," meinte sie, „da bin ick ihm sicher. Er war ja 'n bißken „anjeblaut". Det is aber ooch keen Wunder, wenn je for 315 Mark Boonekamp und andere Liköre trinken." Der Vorsitzende stellte durch Befragen fest, daß H. mit seinen Kumpanen tatsächlich in wenigen Stunden eine Zeche in obiger Höhe für Schnaps gemacht hatte. In Ansehung dieses selbst für heutige Verhältnisse teuren Rausches zahlte der Beklagte vergleichsweise noch 20 Mark.

Ein gemütlicher Betrieb. In einer Verhandlung vor der Strafkammer in München-Gladbach gegen 21 Hilfsschreiberinnen vom städtischen Lebensmittelamt, die sich Lebensmittelkarten angeeignet und darauf Fleisch, Brot, Butter, Eier usw. entnommen hatten, kamen ganz sonderbare Dinge ans Licht. Untersuchungsrichter Dr. Schwarz berichtete über die Vernehmung eines Zeugen Sieben, der ausgesagt habe, er habe gelegentlich den Oberstadtsekretär Traymann auf dessen Bureau besucht und habe zu ihm geäußert: „Sie haben hier aber viele schöne Mädchen sitzen," worauf Tr. erwidert habe: „Das ist alles mein Reich." Tr. habe alsdann auf einen Knopf gedrückt, worauf eine junge Dame erschienen sei. Tr. habe zu dem Zeugen geäußert: „Ist das nicht ein netter Käfer?" Zeuge sei ganz verlegen geworden und habe nichts erwidern können, worauf Tr. das Mädchen in seiner Gegenwart in den Arm genommen und geküßt habe. Darauf habe Tr. nochmals geklingelt und mit dem alsdann erschienenen Mädchen das gleiche getan. In der Strafsache selbst wurden Strafen bis zu 300 Mark verhängt. Vor einer schärferen Strafe schützte die Mädchen die Tatsache, daß sie vom Gericht nicht als Beamte angesehen wurden. Strafmildernd wirkte auch der Umstand, daß nach der übereinstimmenden Angabe der Angeklagten der Oberstadtsekretär Traymann ihnen erlaubt habe, ab und zu einmal eine Lebensmittelkarte zu nehmen: „Sie dürfen es nur nicht übertreiben." Gegen den Oberstadtsekretär, der ebenfalls Karten benutzt hatte, konnte noch nicht verhandelt werden, weil er zum Heeresdienst eingezogen ist.

Aus Nah und Fern.

Die rote Fahne unter den Linden. In Berliner Blättern lesen wir: Auf dem Gebäude der russischen Botschaft, Unter den Linden, weht seit gestern nachmittag die rote Fahne der russischen revolutionären Regierung. Die Fenster sind weit geöffnet. Man bereitet sich auf den Einzug der Berliner Vertretung der russischen Regierung vor. Der Volkskommissar, Herr Joffe, wird am Freitag das Haus Unter den Linden beziehen. Gestern abend staunten sich Unter den Linden die Passanten vor dem Botschaftsgebäude und blickten hinauf zum Fahnenmast, von dem das rote Tuch lustig im Winde flatterte.

Die Sitten- und Splitterrichterei, mit der jetzt gegen den Staatssekretär v. Kühlmann gearbeitet wird, erinnert die „Berliner Morgenpost" an eine niedliche Geschichte, die vor einigen Jahren im Repräsentantenhause in Washington sich abgespielt hat. Dort war ein Antrag eingebracht worden, den Abgeordneten Roberts aus der Mormonenstadt Utah seines Mandats für verlustig zu erklären, weil er „mit mehreren Frauen Kinder habe". Vor der Verhandlung erhob sich Roberts und sagte: „Bevor über den Antrag verhandelt wird, habe ich folgendes zu sagen: Es ist wahr, daß ich mehrere Frauen und auch, daß ich mit mehreren Frauen Kinder habe. Diese Kinder können sich sehen lassen: dort oben auf der Galerie sitzen sie!" Dann zog Roberts einen Bogen Papier aus der Tasche und fuhr fort: „Ich kenne jedoch eine ganze Anzahl von Mitgliedern dieses Hauses, die ebenfalls mit mehreren Frauen Kinder haben; diese können sich aber nicht sehen lassen. Wenn Sie wünschen, werde ich die Namen der ehrenwerten Mitglieder verlesen!" — Darauf erscholl ein vielstimmiger Ruf der Abwehr, und der Antrag gegen Roberts wurde schleunigst zurückgezogen ....

Ein 84jähriger Mörder. Der 84 Jahre alte Hausbesitzer Wagner aus Warnsdorf in Böhmen erschlug seine 72 Jahre alte Ehefrau durch Beilhiebe. Nach verübter Tat versah sich der Greis mit Wäsche und Lebensmitteln und begab sich zu der Tochter, die in einer zwei Meilen weit entfernten Ortschaft lebt. Dort wurde er verhaftet. Es wurden bei ihm 1500 Kronen in Gold vorgefunden. Im Gerichtsgefängnis machte er einen Selbstmordversuch. Ueber den Grund zur Tat verweigerte er jede Auskunft.

Die Not der Zeit bricht alle Bande frommer Scheu. Wir lesen in Nr. 90 der „Grazer Tagespost":

„Maria mit dem Jesuskind gegen Fett abzugeben Tunnelplatz 7, 1. Stock, Puchat."

Wie lange mag der arme Christ mit seinem sündigen Fleische gerungen haben, ehe er sich entschloß, den Heiland samt seiner Mutter öffentlich zu verhandeln!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.